

## **Vierte Regionalkonferenz der Region Ost**

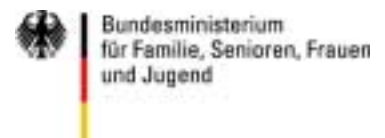
### **- Integrierte sozialräumliche Planung**

**Für E&C-Akteure und Interessierte der  
Bundesländer Berlin, Brandenburg,  
Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen,  
Sachsen-Anhalt und Thüringen**

Dokumentation zur Veranstaltung  
vom 28. November 2002 in Potsdam

im Auftrag des:

Stiftung **SPI**



## **Impressum**

Herausgeber:  
Regiestelle E&C der Stiftung SPI  
Sozialpädagogisches Institut Berlin  
„Walter May“  
Narzarethkirchstraße 51  
13347 Berlin  
Telefon 030.45 7986-0  
Telefax 030.45 7986-50  
Internet [www.eundc.de](http://www.eundc.de)  
eMail [regiestelle@eundc.de](mailto:regiestelle@eundc.de)

Ansprechpartner für die E&C Standorte Ost:  
Rainer Schwarz  
Andreas Hemme

Ansprechpartner für die Regional-  
konferenzen Ost:  
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.  
Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt  
Thomas-Mann-Straße 13a  
07743 Jena  
Telefon 03641.42 18-47  
Telefax 03641.42 18-49  
eMail [ISS.Jena@t-online.de](mailto:ISS.Jena@t-online.de)

## **Inhalt:**

- 4 **Vorbemerkung**
- 5 Dr. Christian Reutlinger  
**Zwischenergebnisse aus der Evaluation  
des Programms E&C**
- 10 Kerstin Jahnke  
**Integrierte sozialräumliche Planung –  
Ausgangslagen, Voraussetzungen und  
Umsetzung**
- 19 Annett Illert, Workshop 1  
**Quartiersmanagement Chemnitz  
„Limbacherstraße“**
- 23 Kathrin Feldmann, Workshop 2  
**Quartiersmanagement Potsdam  
„Stern/Drewitz“**
- 28 Dagmar Schöps, Workshop 3  
**Jugendhilfeorientierter Planungsansatz  
Stadt Halle**
- 32 **Resümee**
- 33 **Tagungsprogramm**
- 34 **Liste der Teilnehmerinnen und  
Teilnehmer**

## Vorbemerkung

Auf der vierten Regionalkonferenz Ost stand der Erfahrungsaustausch zum aktuellen Stand integrierter sozialräumlicher Planungsprozesse im Vordergrund. Die Orientierungen am Sozialraum gewinnen in der aktuellen Diskussion und Praxis von sozialer Stadtentwicklung, Jugendhilfeplanung und Neuorganisation sozialer Dienste immer mehr an Bedeutung. Die Stadt oder einzelne Stadtgebiete werden nicht mehr vorwiegend als administrative Einheiten angesehen, sondern als Lebensräume oder Lebenswelten mit spezifischen Strukturen und komplexen funktionalen Verflechtungen. So werden im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) an verschiedenen Stellen Aufträge für eine an Sozialräumen ausgerichtete Analyse, Planung und Organisation von Leistungsangeboten formuliert. Und mit dem Begriff der Lebensweltorientierung wird explizit auf den Raum als Bezugsgröße verwiesen.

Das Programm E&C in seiner Verzahnung zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt bietet ebenfalls gute Voraussetzungen für integrierte Planungsgestaltung: Das benachteiligte Stadtgebiet wird sowohl in seinen baulich-infrastrukturellen als auch in seinen sozialen Komponenten zum Gegenstand von Analyse, Planung und Handlungsstrategien. Das Leitprinzip integrierter Handlungskonzepte in den kommunalen Planungsprozessen wird in ersten Ansätzen eingeführt und umgesetzt, allerdings kann man noch nicht von einem flächendeckenden und nachhaltigen Prinzip sprechen.

### Aufbau der Dokumentation

Der Aufbau der Dokumentation orientiert sich an der Reihenfolge der Beiträge im Veranstaltungsverlauf.

Zu Beginn der Veranstaltung gab Dr. Christian Reutlinger vom Deutschen Jugendinstitut in Leipzig einen Überblick über die ersten Zwischenergebnisse der Evaluation des Programms E&C.

In das Thema integrierte sozialräumliche Planung führte Kerstin Jahnke vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner ein. Sie stellte Ausgangslagen und Entwicklungen sozialräumlicher und integrierter Planungsprozesse in Deutschland bis hin zum Programm Soziale Stadt vor.

Im Rahmen der Workshops am Nachmittag wurden drei Praxisbeispiele mit integrierten Planungsansätzen und erste Umsetzungserfahrungen vorgestellt:

- Die Quartiermanagerin Annett Illert berichtete am Beispiel der Projektrealisierung

einer Jugendaktionsfläche im Innenstadtbereich über erste Erfahrungen im Rahmen von Sozialer Stadt und E&C in Chemnitz.

- Einen Einblick in den bisherigen Planungsprozess im Quartier „Stern/Drewitz“ gab die Quartiermanagerin Kathrin Feldmann aus Potsdam. Im Vordergrund ihrer Ausführungen stand die Entstehung des integrierten Handlungskonzeptes und die Zusammenarbeit zwischen Quartiermanagement und Jugendamt.
- Die Stadt Halle will das Amt für Kinder, Jugend und Familie neu strukturieren. Dagmar Schöps vom Jugendamt stellte die Rahmenbedingungen und ersten Schritte zu einem jugendhilfeorientierten Planungsansatz vor.

Wie bereits in den vorangegangenen Regionalkonferenzen boten die Workshops auch die Gelegenheit, sich mit den LändervertreterInnen für Städtebau und Soziales direkt auszutauschen.

## Zwischenergebnisse aus der Evaluation des Programms E&C

### Netzwerke im Stadtteil – Wissenschaftliche Begleitung von E&C

Die wissenschaftliche Begleitung des E&C-Programms ist am Deutschen Jugendinstitut e.V. in München und Leipzig angesiedelt. Die wissenschaftliche Begleitung des Programms ist prozesshaft angelegt und dokumentiert Ansätze und Maßnahmen der Träger vor Ort. Die Resultate und Analysen sollen zur fachlichen Weiterentwicklung des Programms beitragen und die Erfahrungen und Ergebnisse mit dem Programm in den fachöffentlichen Diskurs über sozialräumliche und ressourcenorientierte Soziale Arbeit eingebracht werden. Die wissenschaftliche Begleitung wird in einer engen Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (difu), das mit der wissenschaftlichen Begleitung des Programms ‚Soziale Stadt‘ beauftragt ist, abgestimmt.

Im Jahr 2001 wurden aus den 250 Gebieten des Programms „Soziale Stadt“ zwölf Modellgebiete ausgewählt, die im Laufe des Vorhabens genauer untersucht werden. Bei den ausgesuchten Modellgebieten handelt es sich um fünf Stadtteile aus den östlichen und sieben aus den westlichen Bundesländern. Neben drei grenznahen Kleinstädten stehen Berlin und Hamburg als Stadtstaaten mit ganz anderen strukturellen Voraussetzungen. Die Auswahl der Gebiete erfolgte nach verschiedenen Gesichtspunkten: Es galt prosperierende Wirtschaftsregionen und „abgehängte“ Verlierer einer immer globaler werdenden wirtschaftlichen Verflechtung sowie zentrumsnahe Gründerzeitviertel, am Rande der Stadt gelegene Wohngebiete der 60er und 70er Jahre und Plattenbausiedlungen in den östlichen Bundesländern zu berücksichtigen.

Im Herbst 2001 wurden im Rahmen der Evaluierung zwei Erhebungen in den zwölf Modellgebieten durchgeführt:

- Eine schriftliche Befragung bei LeiterInnen von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und
- qualitative Netzwerkinterviews mit ca. fünf bis sechs Schlüsselpersonen in jedem Stadtteil (d.h. 60 Interviews).

In den Interviews wurden die institutionalisierten Formen der sozialraumorientierten Vernetzung und Kooperation in den Stadtteilen (wie zum Beispiel Arbeitskreisen) abgefragt. Mit den quantitativen und qualitativen Erhebungen sollte herausgefunden werden,

welche Ansätze und Verfahren der sozialraumorientierten Vernetzung in den Stadtteilen existieren, welche Erfahrungen damit gemacht werden, welche Formen sich bewährt haben und welche politische Unterstützung und Steuerung dafür notwendig ist.

### Die zwölf Modellgebiete der Wissenschaftlichen Begleitung von E&C

Berlin	Moabit-West
Dillingen	Innenstadt
Dortmund	Innenstadt-Nord
Frankfurt a. M.	Unterbiederbach-Engelsruhe
Hamburg	Horner Geest
Hof	Bahnhofsviertel
Mannheim	Frischer Mut, Durlacher Straße
Chemnitz	Limbacherstraße
Dresden	Prohlis/Reick
Potsdam	Stern/Drewitz
Rostock	Groß Klein
Zittau	Innenstadt-Süd

Im Sommer 2002 wurde eine schriftliche standardisierte Befragung der JugendamtsleiterInnen in allen Programmgebieten durchgeführt. Dabei wurden die Bereiche Bekanntheitsgrad von E&C, Projekte der Kinder- und Jugendhilfe, Kooperation und Vernetzung abgefragt. Seit Ende Oktober 2002 ist die Feldphase abgeschlossen. Zur Zeit befinden wir uns in der Auswertung der Befragung.

Im folgenden werden kurz ausgewählte Ergebnisse der Befragung der LeiterInnen und Leiter von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in den zwölf Modellgebieten zur Vernetzung vorgestellt.

### Erste Ergebnisse

#### aus der Befragung der LeiterInnen von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in den Programmgebieten

In der LeiterInnenbefragung wurden folgende Themenkreise abgefragt:

- Angebote der Einrichtungen,
- Personalsituation,
- Finanzen,
- Kooperation und Vernetzung, das Quartier (Infrastruktur und soziale Probleme) sowie
- Jugend im Quartier.

Der Rücklauf der Fragebögen lag bei 57% (von 315 verschickten Fragebögen) – eine im Vergleich mit anderen Befragungen hohe Ausschöpfungsquote.

In den folgenden Abschnitten werden einige Resultate zum Themenkreis *Kooperation und Vernetzung* vorgestellt. Es werden zunächst die Kooperationskontexte dargestellt, unter denen die Kooperation zwischen den Einrich-

tungen und/oder Institutionen stattfindet. Danach geht es um die Häufigkeit der Kooperationen und die Zufriedenheit der befragten Einrichtungen mit diesen Kooperationen.

### Kooperationskontexte

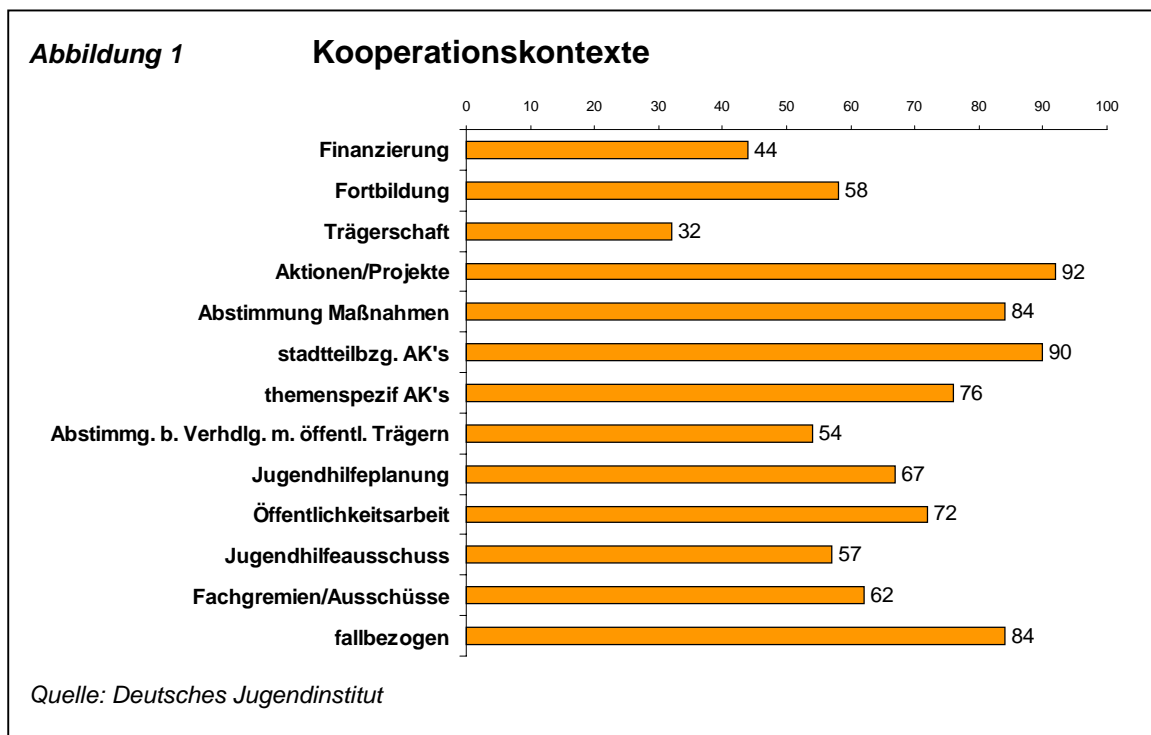
Die nachfolgende Abbildung 1 stellt die Kontexte dar, in welchen die Kooperationen (innerhalb und außerhalb der Jugendhilfe) in Bezug auf das jeweilige Quartier stattfinden. An der Spitze stehen „gemeinsame Aktionen und/oder Projekte“, „stadtteilbezogene Arbeitskreise“, „Abstimmung von geplanten Maßnahmen“, sowie „fallbezogene Zusammenarbeit“ (bei Hilfen für einzelne Kinder und Jugendliche). Ungefähr ein Drittel der befragten Einrichtungen arbeitet in gemeinsamer Trägerschaft zusammen, 44% kooperieren mit anderen Einrichtungen und/oder Institutionen, wenn es um die Erarbeitung von Konzepten bei der Finanzierung oder bei der Erstellung von Anträgen geht.

vorhandenen Bedarf an Beratung und Förderung zur Verbesserung der Kooperationen hin.

### Kooperationen der befragten Einrichtungen

Die befragten Einrichtungen der Jugendhilfe kooperieren mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Institutionen und, wie bereits gezeigt, in den verschiedensten Kooperationskontexten. In der schriftlichen Befragung wurde weiter erhoben, mit welchen Einrichtungen und Behörden die befragten Einrichtungen im Jahr 2001 zusammengearbeitet haben. Von den zwanzig vorgegebenen Auswahlmöglichkeiten erhält die Schule mit 93% der Rückmeldungen den höchsten Wert, an zweiter Stelle steht das Jugendamt mit 92%, die Polizei mit 80% an dritter (vgl. Abb. 2, S. 7). Fast drei Viertel der befragten Einrichtungen kooperieren mit dem Arbeitsamt, mit dem Sozialamt etwas mehr als zwei Drittel.

Auch hier wurde nach der Bewertung der



Bei der Frage der „Zufriedenheit der Zusammenarbeit“ werden insgesamt hohe und damit gute Resultate erzielt. Am höchsten sind die Werte der Zufriedenheit bei „Aktionen/Projekte“, bei fallbezogenen Kooperationen und bei „stadtteilbezogenen Arbeitskreisen“. Weit abgehängt ist dabei die Zufriedenheit der Zusammenarbeit im Jugendhilfeausschuss. Diese Kooperationen werden als „eher zufriedenstellend“ bewertet. Insgesamt sind diese Kooperationen durchaus verbesserungsfähig, die Ergebnisse weisen auf einen

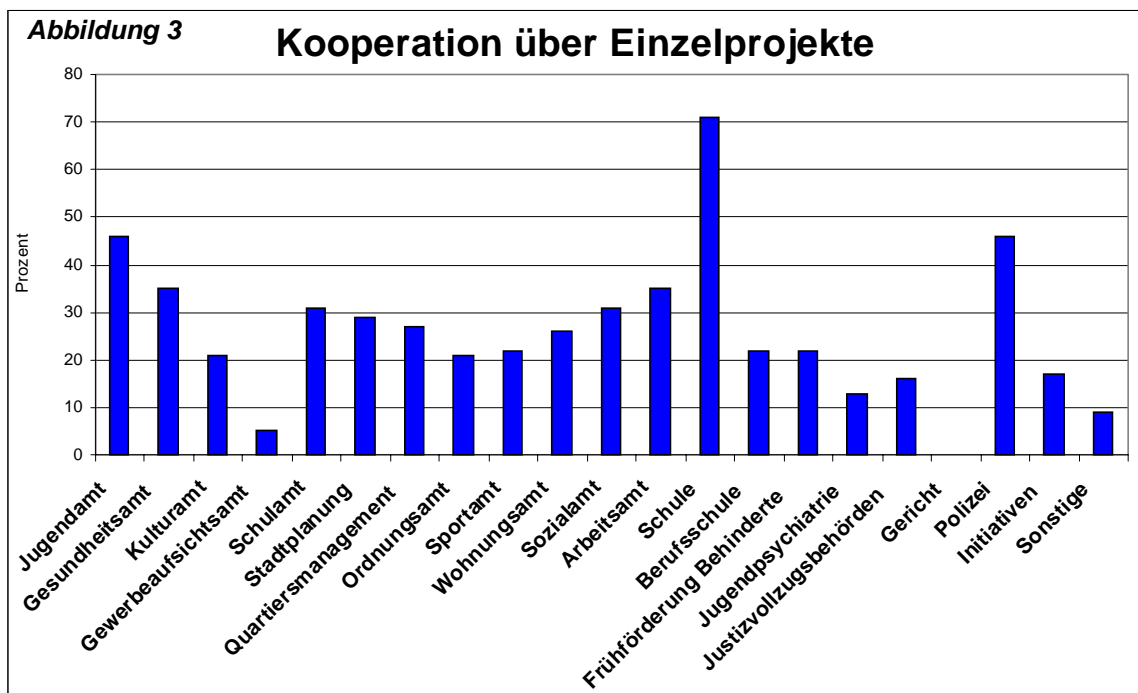
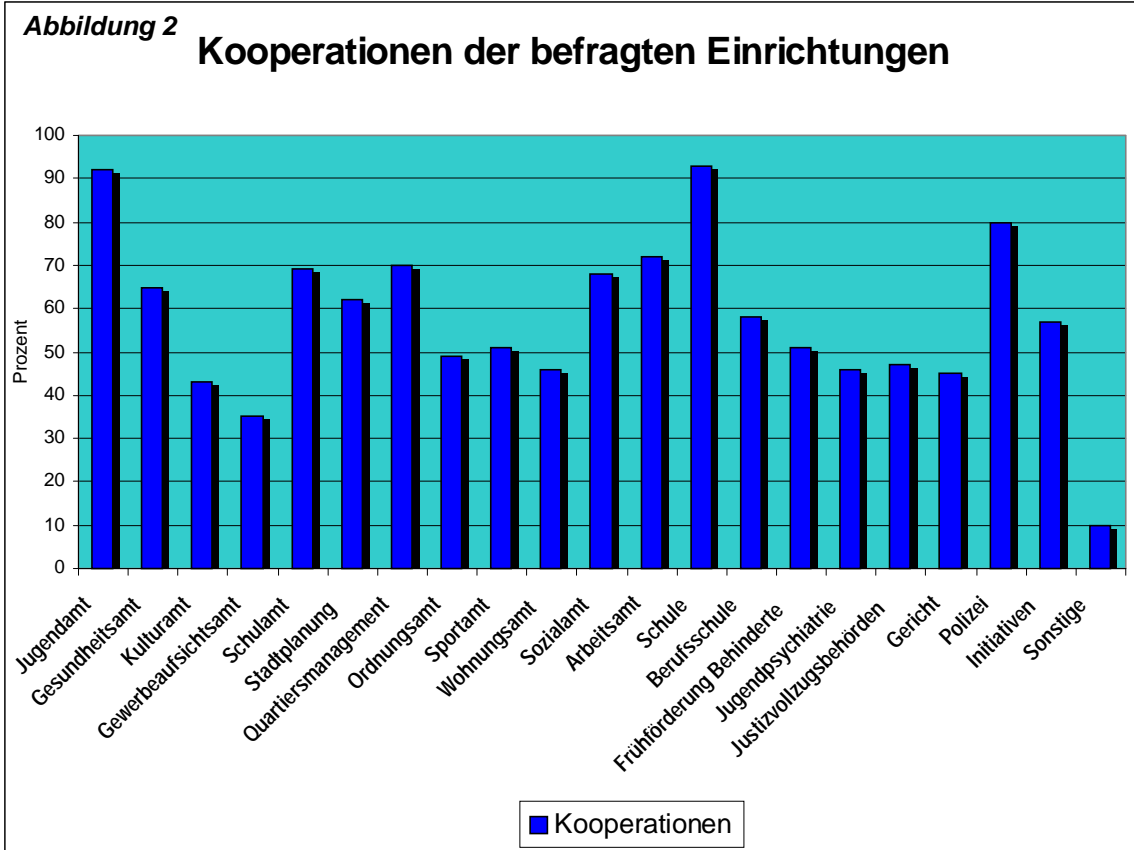
Zusammenarbeit mit den verschiedenen Institutionen gefragt. In einer Skala von 0 bis 7 (7 = optimal) liegt die Zufriedenheit der Zusammenarbeit mit der Polizei mit 5,17 Punkten an der Spitze. An zweiter Stelle steht die Zufriedenheit der Zusammenarbeit mit der Schule mit 5,08 Punkten, gefolgt vom Jugendamt mit 5,06 Punkten. Den niedrigsten Wert erhält das Wohnungsamt mit 3,97 Punkten.

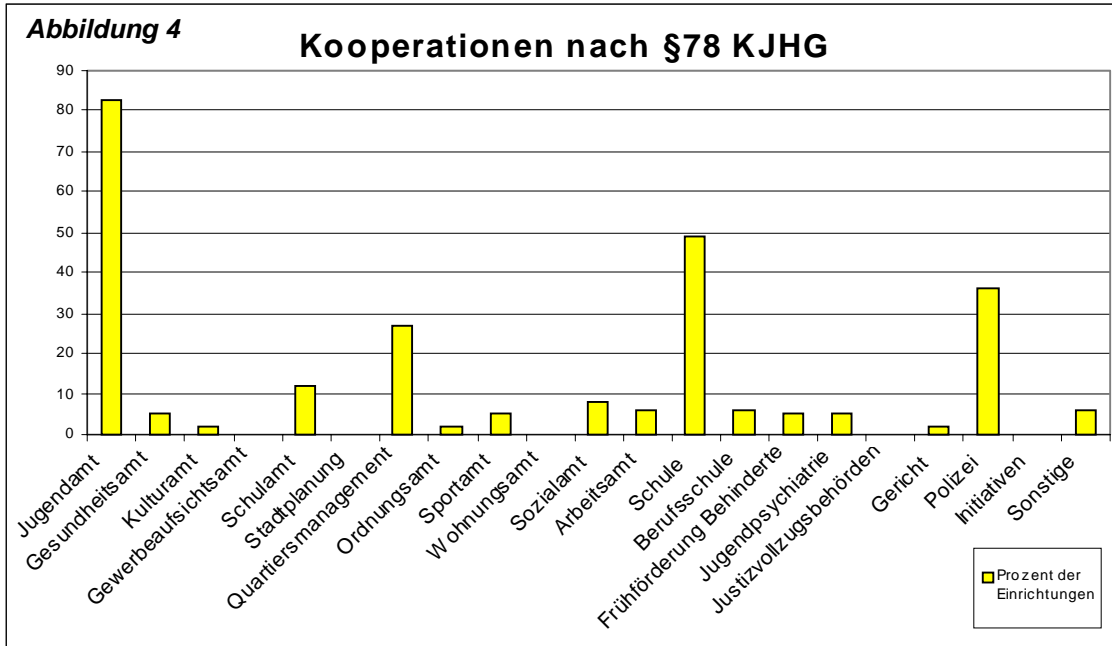
Für die Bewertung der Zusammenarbeit war das Wissen um die Kontexte, in welchem diese stattfinden, entscheidend. Vor diesem Hintergrund wurden die LeiterInnen befragt, in

welchem Kontext die Kooperation erfolgte. Vorgegeben waren folgende Möglichkeiten:

Jugendhilfeausschuss, Einzelprojekte, Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG, Kooperationen im Rahmen der Programme „Soziale Stadt“ bzw. E&C und Sonstiges. Im folgenden werden die Ergebnisse in Bezug auf Kooperationen über Einzelprojekte, nach § 78 KJHG

und im Rahmen der Programme „Soziale Stadt“ und E&C dargestellt.



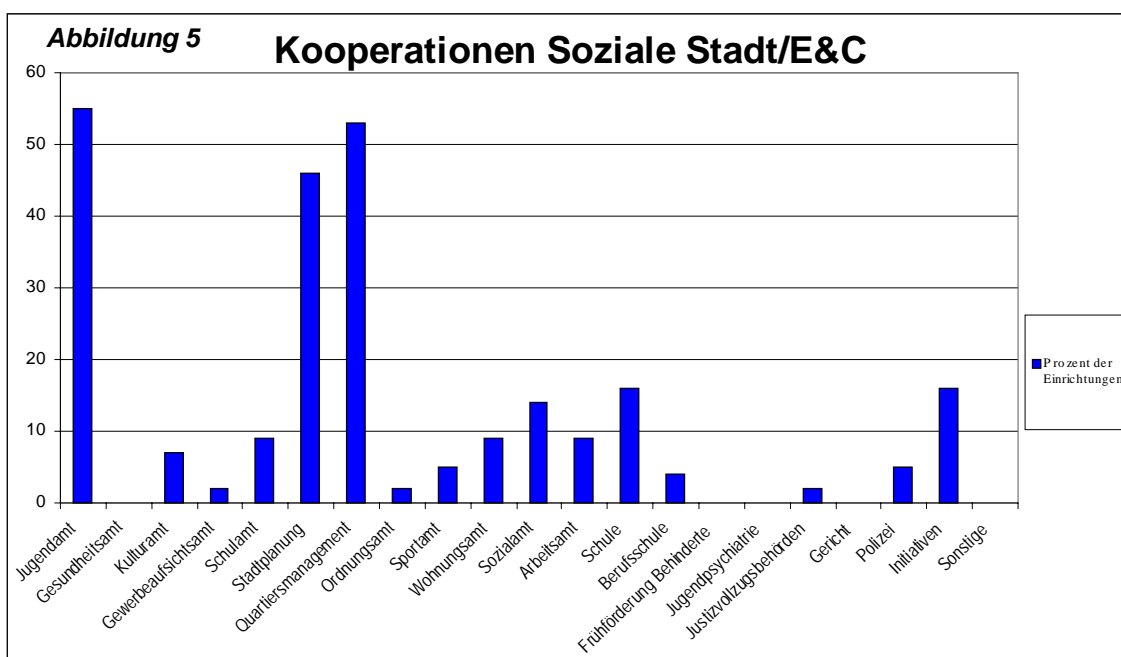


**Kooperation über Einzelprojekte**

Bei der Kooperation über Einzelprojekte fällt der hohe Wert der Schulen auf (vgl. Abbildung 3, Seite 7). Von den Einrichtungen, die in Form von Einzelprojekten mit anderen Ämtern oder Einrichtungen zusammenarbeiten, kooperieren über 70% mit Schulen, mit Jugendämtern und der Polizei sind es knapp die Hälfte der Einrichtungen, mit Gesundheits-, Sozial-, und Arbeitsämtern ungefähr ein Drittel, mit der Stadtplanung und dem Quartiersmanagement etwas mehr als ein Viertel der befragten Einrichtungen.

**Kooperation in Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG**

In Hinblick auf die Kooperation in Form von Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG präsentiert sich die Situation vollkommen anders. Hier wird die Schule von „nur“ gerade der Hälfte der Einrichtungen, die nach § 78 KJHG mit anderen kooperieren, genannt, das Jugendamt dagegen in fünf Vierteln aller Fälle. Im Rahmen dieser Arbeitsgemeinschaften kooperieren mit der Polizei ungefähr ein Drittel der Einrichtungen. In diesem Zusammenhang wird das Quartiersmanagement von einem Viertel der befragten Einrichtungen benannt. Dies ist





angesichts der Tatsache, das zum Zeitpunkt der Untersuchung noch nicht in allen Modellgebieten ein Quartiersmanagement installiert war, ein hoher Wert. Alle anderen Einrichtungen spielen hinsichtlich der Kooperation in Form von Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG eine untergeordnete Rolle (vgl. Abbildung 4, Seite 8).

### **Kooperation im Rahmen der Programme „Soziale Stadt“ und E&C**

Bei der Kooperation im Kontext von „Sozialer Stadt“ und E&C kooperieren die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe vorwiegend mit dem Jugendamt, der Stadtplanung und dem Quartiersmanagement (vgl. Abbildung 5, Seite 8). Ungefähr die Hälfte der Einrichtungen geben an, dass sie mit diesen drei Institutionen kooperieren. Dieses Ergebnis weist auf eine relativ gut ausgebaute Zusammenarbeit der Einrichtungen der Jugendhilfe mit der Stadtplanung in Bezug auf die beiden Programme hin.

### **Ausblick**

In den Kommunen führt das Programm E&C zu einer stärkeren Vernetzung innerhalb der Jugendhilfe und zwischen der Jugendhilfe und anderen kommunalen Ämtern. Die befragten Einrichtungen in den Modellgebieten kooperieren mit vielen anderen Einrichtungen und Institutionen in unterschiedlichen Kontexten. Die Ergebnisse lassen allerdings noch keine Aussagen und Schlüsse zu, was die Befragten als Kooperation verstehen, welche Qualität die Kooperationen haben und was durch sie erreicht wird.

In den Auswertungen der Interviews zu Netzwerken in den Modellgebieten zeigt sich ein großer Entwicklungsbedarf. Insbesondere die Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und der Stadtplanung funktioniert bei weitem noch nicht so, wie sie von den beiden Programmen „Soziale Stadt“ und E&C intendiert ist. Dies haben auch die Workshops der wissenschaftlichen Begleitung in den zwölf Modellgebieten von September bis Dezember 2002 bestätigt.

Diese Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung werden im Zuge der weiteren Auswertungen konkretisiert und mit anderen Daten verglichen. Detailliertere Berichte zu der Befragung der Leiterinnen und Leiter, zu den Netzwerkinterviews und zu der Gesamtabfrage der LeiterInnen der Jugendämter sind beim Projekt „Netzwerke im Stadtteil – Wissenschaftliche Begleitung E&C“ des Deutschen Jugendinstituts erhältlich: Deut-

ches Jugendinstitut, Nockherstr. 2, 81541 München oder über Internet [www.dji.de/wissenschaftliche-begleitung-eundc](http://www.dji.de/wissenschaftliche-begleitung-eundc)

#### **Kontakt:**

Deutsches Jugendinstitut e.V.  
Dr. Christian Reutlinger  
Teubnerstraße 11, 04317 Leipzig  
Telefon 0341/5665418  
eMail reutlinger@dji.de

## Integrierte sozialräumliche Planung

### Ausgangslagen, Voraussetzungen und Umsetzung

#### Ausgangsfragen

- Wie kommt es zu einem Ansatz sozialräumlicher und integrierter Planung?
- Was sind die Entstehungsbedingungen eines Politikansatzes, der heute mit dem Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" umgesetzt wird?
- Warum entstand überhaupt die Notwendigkeit einer sozialräumlichen Betrachtung?
- Wie sind integrierte Problemlösungsansätze entstanden?

#### Begriffsklärung: Was ist ein Sozialraum?

Ich verstehe Sozialräume als Gebiete, die sich anhand ihrer sozialstrukturellen Verhältnisse weitgehend einheitlich beschreiben lassen, in denen alltägliches Leben identitätsbildend stattfindet und die sich von benachbarten Gebieten deutlich unterscheiden.

Welche Gründe gibt es für ein sozialräumliches Vorgehen? Hier muss die Herausbildung von sozial und ökonomisch benachteiligten Gebieten genannt werden. Dies steht dem Ziel bundesdeutscher Politik der „Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen“ entgegen und bildet damit den Ansatzpunkt des Handelns.

Aber um sich der Frage der Entstehung sozialräumlicher und integrierter Planung zu nähern, soll zunächst untersucht werden, wo die räumliche Planung bisher eingesetzt hat.

#### Räumliche Planung: Beispiel Stadterneuerung

**Nach welchen Kriterien wurden in der Kommunalpolitik problematische Gebiete festgelegt, die ein gebietsbezogenes kommunales Handeln erforderten?**

Rückblickend betrachtet waren problematische Gebiete, die den Ansatz für planerische Interventionen bildeten, gleichbedeutend mit Gebieten der städtebaulichen Missstände: Verfallende Bausubstanz, geringer Ausstattungsstandard der Wohnungen und schlechte Infrastrukturausstattung. Hier wurde im Rahmen der städtebaulichen Sanierungspolitik mit der Ausweisung von Sanierungsgebieten angesetzt.

Meilenstein dieser Politik war das Städtebauförderungsgesetz von 1971. Das Gesetz brachte der Sanierungspraxis finanzielle, rechtliche und technische Verfahrenssicherheiten und führte mit den Sozialplanregelungen vor allem den Schutz der in den Gebieten wohnenden und arbeitenden Bevölkerung ein.

Sanierungspolitik hieß zunächst Flächensanierung mit großflächigen Abrissen und Neubau im Sozialen Wohnungsbau. Wie sich der Ansatz der Stadterneuerungspolitik im Laufe der Zeit änderte, lässt sich besonders gut am Beispiel Berlins mit einigen Daten darlegen.

#### Stadterneuerungspolitik am Beispiel Berlin

1964/65	erstes Stadterneuerungsprogramm mit <ul style="list-style-type: none"> <li>■ 43.000 Wohnungsabbrissen</li> <li>■ 24.000 Neubau-Wohnungen und</li> <li>■ 10.000 zu modernisierenden Wohnungen,</li> </ul> Prämisse: Flächensanierung
70er Jahre	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Interesse an der Wiederherstellung der Stadt wuchs</li> <li>■ gesellschaftliche Auseinandersetzungen</li> </ul>
Anfang 80er	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Instandbesetzungen</li> <li>■ Bürgerinitiativen</li> <li>■ Mietervereine</li> </ul>
1983	12 Grundsätze der behutsamen Stadterneuerung: <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Ansatz: Orientierung an den Bedürfnissen der jetzigen Bewohnerschaft</li> <li>■ Sozialplanung, Betroffenenvertretungen, Bestandspolitik</li> <li>■ Einsatz treuhänderischer Sanierungsträger als intermediäre Organisation, vermittelnde Instanz zwischen Verwaltung und Bewohnerschaft</li> </ul>

#### Herausbildung sozialräumlicher Benachteiligung

Rückblickend muss man sagen, dass es die behutsame Stadterneuerung nicht geschafft hat, die sozialen Problemlagen in den Griff zu bekommen. Viele Sanierungsgebiete sind baulich weitgehend wiederhergestellt, aber soziale und ökonomische Problemlagen bestehen weiterhin.

Auch in deutschen Städten sind inzwischen Segregationserscheinungen zu beobachten. Der Prozess der sozialen Entmischung in Quartieren schreitet voran. Segregationserscheinungen, verstanden als räumlicher Sortierungsprozess nach sozialen, ethnischen oder lebensstilbedingten Merkmalen, müssen differenziert betrachtet werden. Segregations-

erscheinungen gab es schon immer: Reiche Villenvororte wurden allerdings nie als ein Problem angesehen. Entscheidend ist, ob die Segregation freiwillig oder erzwungen ist und ob von den räumlichen Bedingungen negative Folgen für die BewohnerInnen ausgehen.

Die räumliche Konzentration von Armut bewirkt eingeschränkte Möglichkeiten. Diese Quartiere bieten wenig Ressourcen für den Ausstieg aus Armut und Arbeitslosigkeit. Die soziale Homogenität reduziert die Kontakte zu anderen Bewohnergruppen. Soziale Konfliktpotenziale nehmen zu. Die Folgen sind Leerstand und Vandalismusschäden. So werden aus benachteiligten benachteiligende Gebiete (vgl. Kapphan/Dorsch/Siebert 2002).

Diese Prozesse sind meist Folge von selektiven Wanderungen, d.h. einkommensstärkere Schichten, die es sich leisten können, ziehen aus dem Gebiet fort, zurück bleiben die Verlierer dieses Prozesses: In der Regel ärmere und immobilere Haushalte. Hinzu ziehen ebenfalls eher benachteiligte Haushalte mit geringeren Einkommen. Die kollektive Abwärtsspirale ganzer Stadtviertel kann einsetzen. Der sektorale Zugang der Stadterneuerung hat es nicht geschafft, dieser Entwicklung Einhalt zu Gebieten. An diesem Problemfeld setzt das integrierte Programm "Soziale Stadt" an.

### **Sozialraumorientierter Ansatz der Jugendhilfe**

Nicht nur in der Städtebauförderung machten sich die Schwächen sektoraler Politik bemerkbar. Auch in der Sozial- und Jugendhilfe wurde schon früh erkannt, dass eine auf Zielgruppen bezogene und auf spezielle Bedürfnislagen ausgerichtete, sozialfallorientierte Politik wenig erfolgversprechend ist. Da die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen zunehmend von Entwicklungen in anderen Bereichen, auf die die Jugendhilfe wenig Einfluss hat, strukturiert wird, wurden Ansätze zur Kooperation und Kommunikation mit anderen Politikfeldern benötigt.

Als Resultat dieser Überlegungen wurde 1991 in das Kinder- und Jugendhilfegesetz der Auftrag übernommen, „positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen“. Damit wurde der Sozialraum als zu gestaltendes Handlungsfeld geschaffen (vgl. Becker /Löhr 2000, S.24).

Klar ist, dass in verschiedenen Politikfeldern ein neues Umgehen mit räumlich benachteiligten Gebieten erforderlich ist: Eine integrierte,

ressortübergreifende Betrachtung der Probleme wird gebraucht.

Bevor ich nun dazu komme, die ersten städtebaulichen Landesprogramme zu beschreiben, die diese Problematik aufnehmen und einen integrierten Ansatz verfolgen, wird zunächst von der theoretischen Seite her der Wandel im räumlichen Planungsverständnis beleuchtet: Ein Erklärungsansatz, wie das Programm der "Sozialen Stadt" entstehen konnte.

### **Wandel im Planungsverständnis**

Ich nehme dabei den Ansatz von Gerd Albers (1993) auf, der dem Wandel des Planungsverständnisses in der deutschen Geschichte anhand von Gesetzesbestimmungen nachgegangen ist. Anhand deren Interpretation unterscheidet er vier verschiedene Phasen des Planungsverständnisses seit 1860.

#### **Die städtebauliche Entwicklungsplanung**

Um die heutige Diskussion des Planungsverständnisses und seine Zuwendung zu integrierten Ansätzen zu verdeutlichen, ist die Beschreibung der Zeitspanne von 1960 bis 1980 von Bedeutung. Albers spricht von der „Entwicklungsplanung“ und meint den Glauben an die unbedingte Steuerbarkeit von städtischen Entwicklungen, auch im Sinne einer „Planungseuphorie“, der ein rationales Steuerungsmodell zugrunde liegt. Die städtebauliche Entwicklungsplanung wird als übergeordnete Planung verstanden, die zu einer umfassenden gesellschaftspolitischen Steuerung in der Lage ist und den Rahmen für die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung setzt. Dahingehend werden übergreifende Zielvorstellungen entwickelt und kommunale Tätigkeiten aufeinander abgestimmt. Damit waren auch Veränderungen der Verwaltungsstruktur gemeint, die auf ein ressortübergreifendes, aber von oben verordnetes Zusammenarbeiten zulaufen sollten (vgl. Albers 1993, S.101).

Nach diesem Verständnis war es möglich, die Entstehungsbedingungen raumrelevanter Probleme zu analysieren und somit vorausschauend lösen zu können. Allerdings ging dieses Planungsverständnis nach Meinung von Karolus Heil weit über die damals praktizierten Verfahrensweisen und inhaltlichen Ansprüche der Stadtplanung hinaus (vgl. Heil 2000, S. 25). Nach seiner Meinung setzte bereits Mitte der 70er Jahre ein Roll back ein, da der Anspruch eines integrierten Planungs- und Entscheidungshandelns notwendigerweise

Dezernatszuständigkeiten relativierte und Klientelbeziehungen in Frage stellte, was gegen festgefügte Strukturen der Verwaltung und tradierte Einflussbereiche verstieß. Die bei der Verwaltungsspitze und oftmals direkt beim Bürgermeister angesiedelten Planungsstäbe und referatsübergreifenden Arbeitsgruppen wurden wieder aufgelöst oder in ihren Aufgaben beschnitten. Als wesentliche Gründe für das Scheitern des Ansatzes der Stadtentwicklungsplanung werden eine Unterschätzung der Problemzusammenhänge und eine Überschätzung des planerischen Handlungsspielraumes sowie Kompetenzprobleme innerhalb der Verwaltung gesehen, die durch das Ressortprinzip hervorgerufen werden (vgl. Heil 2000, S.27).

Damit scheiterte der Ansatz, über die Vormachtstellung der Stadtentwicklungsplanung innerhalb der Verwaltung und einer von oben verordneten Kooperation, die Probleme der Stadt lösen zu können.

### Projektorientierung und Kooperation

In den 80er Jahren veränderte sich also vor allem die Zuversicht, Probleme der Stadt mit verbesserter Organisation lösen zu können. Im Ergebnis wurde das Konzept einer integrierten Entwicklungsplanung zwar nicht aufgegeben, aber stark zurückgenommen (vgl. Albers 1993). Vor allem die Mittel zur Umsetzung wurden einer kritischen Revision unterzogen (Selle 1995, S. 238). Während Albers davon ausgeht, dass eine neue Phase des Planungsverständnisses in den 80er Jahren eingeleitet wurde, plädiert Selle dafür, nur von verschiedenen Schichten zu sprechen, die sich auch überlappen können und in denen einzelne Elemente fortbestehen.

Wo Albers noch vom Scheitern des Planungsansatzes spricht, stellt Selle entgegen, dass nur „überzogene Hoffnungen platzten und eine Vision ihr Ende fand“. Damit illustriert er, dass die Entwicklungsplanung vor allem ein gedankliches Konstrukt, ein Leitbild gewesen ist, welches aber weit von der realen Planungspraxis entfernt war. Selle sieht also vor allem Weiterentwicklungen und Kontinuitäten des Ansatzes. Auf der Ebene der Planungspraxis lassen sich durchaus wichtige Elemente finden, die resultierend aus der Theorie der Entwicklungsplanung heute für die Umsetzung relevant sind. Dies ist nach Selle die Reichweite des Steuerungsanspruchs, auch nicht-öffentliche Akteure in ihrem Verhalten zu beeinflussen und der aufgabenbezogene Versuch, Instrumente und (öffentliche) Akteure zu koordinieren (Selle 1995, S. 241). Der verän-

derte praxisbezogene Zugang liegt vor allem in der Projektorientierung und dort in der Steuerung räumlicher Entwicklung mit Hilfe von neuen Handlungsweisen und Organisationsformen. Es geht also, um das viel gebrauchte Schlagwort zu benutzen, um Kooperation. Um dabei aber den umsetzungsbezogenen Projektbezug zu betonen, spricht Selle von „Kooperativem Handeln“ (vgl. Selle 1994, S. 38).

### Neues Planungsverständnis: Kooperatives Handeln

Die neue Politik wird in „neuen Räumen“ gestaltet. Dies sind nicht mehr die Amtsstuben und Kommunalparlamente, sondern die Sphäre zwischen dem politisch-administrativen System, den Märkten und den privaten Haushalten. Diese Sphäre ist geprägt von unterschiedlichen Werten, Handlungsweisen und Strukturen. Wenn in diesem Raum Problemlösungen entwickelt werden, heißt das, dass verschiedene Organisationsprinzipien und Werte miteinander verbunden werden müssen. Die Bürgerinitiative hat eine andere Auffassung vom zeitlichen Ablauf eines Projektes und nur wenig Verständnis für bürokratische Zwänge der kommunalen Verfasstheit und für das zahlreiche Kontrollinstanzen durchlaufende Fördermittelverfahren. Diese Prozesse müssen gestaltet werden, um Reibungsverluste und Selbstblockaden, wenn möglich, zu verhindern oder wenigstens zu minimieren. Hierzu ist gestaltende Moderation und Kooperation, also das Zusammenführen der potenziell Beteiligten und das Entwickeln geeigneter Kooperationsformen, notwendig (vgl. Selle 1994).

### Was ist neu an diesen kooperativen Handlungsansätzen?

**Neue Akteure:** Bewohner als Mitwirkende, Initiativen, freie Träger, private Unternehmen

**Neue Rollen:** Rolle der (Bau- und Planungs-) Verwaltung ändert sich. Sie wird ein Akteur unter anderen, da zahlreiche andere Akteure gleichrangig beteiligt werden müssen.

### Debatte zur Verwaltungsmodernisierung

An dieser Stelle soll auf einen weiteren günstigen Einflussfaktor integrierter Planung hingewiesen werden: Die in der Verwaltung bestehende Modernisierungsdebatte. D.h. auch auf dieser Ebene ist etwas in Gang gekommen, was sich positiv auf die Chancen der Umsetzung eines veränderten, integrierten

planerischen Vorgehens auswirken kann. So wird in der Literatur seit Anfang der 90er Jahre von einem neuen, umfassenden Reformanlauf der öffentlichen Verwaltung gesprochen (vgl. Heinelt 1997). Das hohe Anspruchsniveau der Reformziele, ihr Umfang und Innovationsgrad lassen nach Mäding (1997) die Bezeichnung „Paradigmenwechsel“ zu. Auf eine kurze Formel gebracht, lässt es sich so beschreiben: Aus der Behörde Stadtverwaltung wird das Dienstleistungsunternehmen Stadt (vgl. Mäding 1997). In diese Diskussion, die mit verschiedenen Ansätzen geführt wird, werden auch verschiedene Ziele aufgenommen, auf die im Zusammenhang dieses Vortrags nicht umfassend eingegangen werden kann. Ein Gesichtspunkt ist jedoch von besonderer Bedeutung.

### **Welche Motivation könnte die Verwaltung haben, sich für kooperatives Handeln zu entscheiden?**

So wird inzwischen häufig konstatiert, dass die Verwaltung ihre Aufgaben durch hoheitlich-hierarchische Steuerung mit Hilfe von Zwang, Anreizen oder Überzeugung nicht mehr angemessen erfüllen kann, weil sie dadurch zum Teil negative Nebenwirkungen verursacht oder sich gegen widerstrebende Adressaten nicht mehr erfolgreich durchsetzen kann, z.B. vor dem Gericht (vgl. Benz 1994, S.345). Daher stellt sich auch für die Verwaltungsakteure die grundsätzliche Frage der Kooperation als geeigneterem Weg des Handelns. In Forschungsergebnissen wird allerdings darauf aufmerksam gemacht, dass Verwaltungsakteure eine Vielzahl von Schwierigkeiten und Hindernissen umschiffen müssen, wenn sie kooperativ handeln wollen, weil z.B. das Sich Einlassen auf Kooperation als Schwäche ausgelegt werden kann (vgl. Benz 1994, S. 345).

### **Vorläufer des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt"**

Welche Politik und Programme sind nun als Ansätze einer integrierten, sozialräumlichen Planung zu werten? Es sollen vor allem zwei Landesprogramme aus Nordrhein-Westfalen und Hamburg erwähnt werden, die als Vorläufer des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt" gelten.

### **NRW 1993: Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – ein ressortübergreifendes Handlungsprogramm**

Aufgabe des Programms ist die gezielte Förderung von Stadtteilen, die in Hinblick auf ihre Sozialstruktur, den Wohnungsbestand, das Wohnumfeld und das Arbeitsplatzangebot einer besonderen Stabilisierung bedürfen. Eine integrierte und nachhaltige Stadtteilentwicklung soll mit Hilfe von lokalen Handlungskonzepten angestrebt werden. Ziel ist es, Synergiewirkungen durch die Bündelung von öffentlichen und privaten Ressourcen und ressortübergreifender Förderung zu erreichen. Zentrale Philosophie ist die Einbeziehung der in den Stadtteilen vorhandenen endogenen Potenziale. Einen besonderen Stellenwert hat die Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung. Die Akteurs- und Bevölkerungsgruppen vor Ort sind bei der Maßnahmenarbeit aktiv zu beteiligen. Die verschiedenen politischen Handlungsebenen (Stadtteil, Bezirk, Stadt, Land) sollen miteinander verknüpft werden. Handlungsfelder sind dabei alle Themenbereiche, die zur Entwicklung des Stadtteils beitragen können. Dies reicht von der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik über soziale Netze und kulturelle Aktivitäten bis hin zum Stadtteilmarketing.

#### **Hamburg 1994: Armutsbekämpfungsprogramm**

##### **Leitziele: Kooperation und Beteiligung**

- Aufbau und Entwicklung von Kooperationen öffentlicher und privater Akteure sowie von lokalen sozialen Netzen
- Verbesserung der Problemwahrnehmung und Problemlösungskompetenz kommunaler Verwaltung und Politik im Quartier
- Stärkung der Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der BewohnerInnen bei Fragen und Planungen, die das Quartier betreffen
- Wiederherstellung des Vertrauens der Bewohnerschaft in ihre eigene Handlungsfähigkeit und Abbau sozialer Ausgrenzung

##### **Leitziele: Beschäftigung und Wohnen**

- Förderung von Qualifizierung und Beschäftigung im Quartier
- Förderung und Entwicklung des Gewerbes
- Sicherung von preiswertem Wohnraum und Unterstützung neuer Wohnformen
- Verknüpfung von städtebaulichen Maßnahmen mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen

## ExWoSt in ostdeutschen Großwohnsiedlungen

Einen Sonderstatus haben im Zusammenhang integrierter Ansätze in der Stadtentwicklung die ostdeutschen Großsiedlungen des industriellen Wohnungsbaus. Bereits frühzeitig nach der Wende wurden im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus des Bundes (ExWoSt) neue Ansätze und Verfahren erprobt, deren Zielrichtung auf die Vitalisierung dieser Siedlungen ausgerichtet war. Damit war zwangsläufig mehr als nur die bauliche Aufwertung verbunden. Städtebauliche Entwicklungskonzepte sollten mit sozialen und wohnungswirtschaftlichen Maßnahmen verknüpft werden. Bewohnerbeteiligung erhielt einen hohen Stellenwert. Im Rahmen dieses Programms haben sich Kooperationsverfahren entwickelt, die vielerorts dauerhaft verstetigt werden konnten. Herausragende Beispiele sind z.B. die Plattform Marzahn und das Forum Leipzig-Grünau.

### Plattform Marzahn

- Gründung 1991
- Ziel: frühzeitige Vernetzung und Beteiligung vieler Akteure im Prozess der Weiterentwicklung der Großsiedlung
- Akteure: BewohnerInnen, Bezirksverwaltung und -politik, Land Berlin, Wohnungsunternehmen, freie Träger der Sozialarbeit, Investoren, Gewerbetreibende, Experten
- Das öffentliche Forum tagt monatlich und diskutiert Themen zur Weiterentwicklung, wird aber auch von Interessensgruppen genutzt, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen, Vor- und Nachbereitung findet in der Steuerungsrunde statt
- Bewohnerbeteiligung durch Workshops, Befragungen, Stadtspaziergänge, Einrichtung von Vorortbüros, Organisation von Bürgerfesten

### Forum Leipzig Grünau

- Planspiel seit 1997
- Vorwegnehmendes Durchspielen von Folgen und Wirkungen bestimmter Entscheidungen
- Akteure aus Kommunalpolitik, Verwaltung, Wohnungswirtschaft, Wirtschaft, soziale Einrichtungen, Bewohnerschaft, Jugend, externe Experten und professionelle Moderation.

## Programm "Soziale Stadt"

Seit 1999 ist die Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf –

die Soziale Stadt“ Bestandteil der Städtebauförderung. Grundlage ist eine Verwaltungsvereinbarung. Das Programm verfolgt das Ziel, der drohenden sozialen Polarisierung in den Städten durch eine aktive und integrativ wirkende Stadtteilentwicklung entgegen zusteuern. Inzwischen wurden ca. 300 Stadtteile ins Programm aufgenommen, die von den Ländern aufgrund ihrer sozialen, ökonomischen und städtebaulichen Situation als besonders benachteiligt ausgewählt wurden. Im Blickpunkt der sozialen Stadterneuerung stehen verschiedene Gebietstypen: Innerstädtische Gebiete, vorwiegend Altbauquartiere sowie industriell gefertigte Großsiedlungen in West und Ost, meist in randstädtischer Lage.

### Ziele auf der Ebene des neuen, integrierten Ansatzes:

- ressort- und ämterübergreifende Bündelung von Ressourcen und Fördermitteln
- Förderung von investiven und nicht-investiven Maßnahmen aus einer Hand
- Erprobung neuer kooperativer Verwaltungs- und Managementstrukturen.

Anhand der Zielsetzungen wird deutlich, dass mit der "Sozialen Stadt" schließlich auf Bundesebene ein Programm aufgelegt wurde, das den integrierten Anspruch mit dem Fokus auf die sozialräumliche Ebene, nämlich die benachteiligten Quartiere, verbindet. Im Europäischen Vergleich insbesondere mit Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien hat sich in Deutschland ein integrierter Handlungsansatz erst spät entwickelt.

### Ambivalenzen des Programms

#### ... hoher Anspruch und reale Steuerungsmöglichkeit

Ziel ist es, der sozialräumlichen Ausgrenzung entgegenzuwirken und damit direkt auf soziale Sachverhalte wie Arbeitslosigkeit und Armut einzuwirken. Die Instrumente des städtebaulichen Programms sind aber hauptsächlich auf bauliche Investitionen zugeschnitten. Der Rahmen der Städtebauförderung engt den Spielraum für die erstmals möglichen nicht-investiven Maßnahmen ein.

Kann also das Programm überhaupt in geeigneter Weise auf soziale Problemlagen einwirken? Reicht der Ansatz der Mittelbündelung mit anderen Programmen und Ressorts aus? Besteht also ein Widerspruch zwischen Anspruch und Ausstattung oder eine Überschätzung im Anspruch?

Dies muss sich in der Praxis zeigen!

### ... Probleme der Kooperation

Das Programm „Soziale Stadt“ ist bei der Städtebauförderung und damit beim Ressort Bauen und Wohnen angesiedelt. Vor diesem Hintergrund ist das Programm auch in den meisten Kommunen bei entsprechenden Ressorts und Ämtern wie Stadtplanung, Stadtentwicklung, Bauverwaltung etc. verortet.

Der integrierte Anspruch und der Wille zur Kooperation wird aus einem Ressort heraus formuliert und damit werden Ansprüche wie z.B. die Mittelbündelung gegenüber anderen Ressorts erhoben, die nicht den Kompetenzen eines Ressorts entsprechen. Damit könnte im Ansatz die Konkurrenz der verschiedenen Ressorts auch verstärkt werden, da mit dem integrierten Anspruch die implizite Auffassung des „wichtigeren“ weil sozialräumlich und ganzheitlich gedachten Ansatzes verbunden ist. Andere Ressorts kooperieren also tatsächlich, indem sie sich mit Maßnahmen für die benachteiligten Gebiete einbringen und fallen mit ihren Maßnahmen unter das Label "Soziale Stadt" und damit unter das Primat des Ressorts Bauen und Wohnen. Oder aber sie versuchen sich auf ihre ressortspezifische Weise zu profilieren, die dann in eher sektoralen Zugängen zu finden sind.

Die Frage stellt sich also, wie Situationen geschaffen werden können, die bei der ressortübergreifenden Zusammenarbeit, Erfolge für alle Beteiligten bringen (win-win-Situation).

### ... Ebene des Handelns und Ebene der Probleme

Die Probleme lassen sich auf der lokalen Ebene nicht lösen: Die Entstehung der Benachteiligung von Menschen und ganzen Quartieren ist im wesentlichen durch wirtschaftliche Entwicklungen regionaler, nationaler und auch globaler Art verursacht. Insofern ist lokales Handeln eine Reaktion mit begrenzter Reichweite, die aber dennoch notwendig ist, denn der lokale Problemdruck zwingt zum Handeln.

### Instrument der integrierten Planung: Das Integrierte Handlungskonzept

Integrierte Handlungskonzepte gelten als strategische Instrumente zur Steuerung der integrierten Stadtteilentwicklung und werden im Rahmen des Programms "Soziale Stadt" eingefordert. Strategien für benachteiligte Gebiete müssen den komplexen Problemstellungen durch entsprechend vieldimensionale Handlungsansätze gerecht werden. Das hat die Integration verschiedener, bislang getrennter,

Handlungsfelder sowie deren Ausrichtung auf die Ebene der städtischen Quartiere zur Konsequenz. Das wiederum heißt: Intensives Bemühen um Kooperation. Kommunen, gesellschaftliche Organisationen und freie Träger müssen gemeinsam handeln. Zielsetzung ist dabei, die BewohnerInnen – denn um sie geht es ja – direkt zu beteiligen. Wenn dies erreicht werden soll, muss der Quartiersentwicklungsprozess sehr unterschiedliche Welten miteinander in Verbindung bringen. Darin liegt die Chance und dies ist auch gleichzeitig eines der Probleme.

Klar ist bei der Komplexität der Aufgaben: Ein traditioneller Plan mit einmal Festgelegtem und danach Vollzogenem hilft hier wenig. Offene Prozesse sind hier notwendig, die von vielen mitgestaltet werden können (vgl. Seite 1994, S.147f)

### ... idealtypische Handlungskonzepte

Wenngleich an vielen Stellen notwendige Elemente eines Integrierten Handlungskonzepts aufgelistet werden, wie z.B. im Leitfaden der Argebau und in den Anforderungen der Länder, sollen an dieser Stelle idealtypische Bestandteile eines Integrierten Handlungskonzepts, die das Deutsche Institut für Urbanistik zusammengestellt hat, genannt werden (difu 2002, S. 30):

#### Idealtypische Bestandteile eines Integrierten Handlungskonzepts

- Funktion und Bedeutung des Gebietes innerhalb der Gesamtstadt
- Benennung der zentralen Problemfelder und Entwicklungspotenziale
- Aufgreifen und Zusammenführen bereits vorhandener Entwicklungsprogramme und Planungen
- Formulierung eines Leitbildes für die Stadtteilentwicklung, Vernetzung der Ziele von verschiedenen Handlungsfeldern, Einbindung in ein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept
- Darstellung von Strategien, Maßnahmen und Projekten mit Angabe von Trägern, Adressaten, Finanzierung und Zeitplan
- Aussagen zur Organisationsstruktur der Gebiets- und Projektsteuerung, zum Quartiersmanagement
- Beteiligungsmaßnahmen für die Quartiersbevölkerung und die Stadtteilakteure
- Konzept für eine begleitende Prozessevaluierung und Vorbereitung der Ergebnisevaluierung
- Kosten- und Finanzierungsübersicht mit geschätzten Gesamtkosten

„...die wesentliche Aufgabe integrierter Stadtteilprogramme besteht in der gebietsbezogenen Verknüpfung von städtebaulichen, infrastrukturellen, sozialen, ökonomischen, kulturellen und umweltbezogenen Aktivitäten, um auf diese Weise – so die Hoffnung – einen synergetischen Mehrwert gegenüber den herkömmlichen sektoralen Handlungsansätzen zu erzeugen und damit die Wirksamkeit der Gesamtmaßnahme entscheidend zu verbessern“ (Sauter 2001, S. 111).

Im Idealfall werden dabei z.B. Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen konsequent mit Projekten der Stadterneuerung und der Wohnungswirtschaft verknüpft.

### ... Handlungskonzepte in der Praxis

Nach Auswertung des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) zu den 16 Modellgebieten der Sozialen Stadt haben erst ein Drittel dieser Gebiete Integrierte Handlungskonzepte erarbeitet. Von der zur Zeit ausgeschriebenen Evaluation des gesamten Programms sind weitere Erkenntnisse über die Erstellung von Integrierten Handlungskonzepten in den Programmgebieten zu erwarten.

Bisher kann nur die Praxis in den Modellgebieten dahingehend interpretiert werden, dass vielerorts noch Unsicherheit und Zurückhaltung überwiegen. Das difu geht davon aus, dass durch den großen Erfolgsdruck in den Gebieten vielfach mit Projekten und Einzelmaßnahmen in Vorleistung getreten wird, um vorzeigbare Ergebnisse zu erzielen, aber ein abgestimmtes Integriertes Handlungskonzept noch nicht vorliegt. Damit ist aber auch prinzipiell verbunden, dass eine konzeptionelle Mittelbündelung vielerorts noch auf sich warten lässt.

In der Praxis werden in den Integrierten Handlungskonzepten vielfach nicht alle Elemente dieses idealtypischen Vorgehens angewandt. Die Konzepte fallen sehr unterschiedlich aus: Städtebaulich dominierte Rahmen- und Maßnahmenpläne kommen ebenso vor wie umfassende Konzepte, die von einem Leitbild bis zur konkreten Kostenplanung der Maßnahmen reichen. Grundsätzlich geht aber auch hier, aufgrund der Anbindung des Programms "Soziale Stadt" an die städtebaulichen und baulichen Ressorts, die Ausrichtung oft in diese Bereiche. Ein weiterer Grund liegt in der sichtbaren Außenwirkung baulicher Projekte, die entsprechend besser als Erfolgsmeldung zu verbuchen sind und zudem ein leichteres Fördermittelmanagement nach sich ziehen, da sie i.d.R. hohe Fördersummen binden. Wirtschaftliche und soziale Maßnahmen sind vielfach nicht im Fokus die-

ser Konzepte. Dies ist wiederum der schwachen Stellung nicht-investiver Maßnahmen im Programm geschuldet.

In der bisherigen Erstellung der Integrierten Handlungskonzepte, insbesondere für die Antragstellung "Soziale Stadt" und die erste Phase der Implementation sind vor allem Top-down-Strategien verfolgt worden. Nun sind in einer zweiten Phase Bottom-up-Strategien erforderlich, um die Einbindung möglichst vieler BewohnerInnen und Akteure zu erreichen.

### ... Nutzen integrierter Handlungskonzepte

Aber welchen Wert haben Integrierte Handlungskonzepte in der Praxis und wie unterschieden sie sich von anderen Planungen, wie z.B. die in vielen Stadtteilen erstellten umfangreichen Rahmenpläne, die ebenfalls schon sehr genau auf infrastrukturelle und soziale Ziele eingehen?

Idealtypischerweise muss hier wieder gesagt werden, dass der integrative Anspruch vor allem in der intensiven, inhaltlichen Abstimmung der verschiedenen Ressorts, der Wohnungsunternehmen, der Gewerbetreibenden, anderer Akteure vor Ort und der Bewohnerschaft bestehen sollte. Denn gerade der kooperative Prozess, der zu einem von allen Akteuren getragenen Handlungsrahmen führt, sollte im Vordergrund stehen. In der Praxis ist natürlich genau diese Arbeit die schwierigste, da verbindliche Kooperation und der Einigungsprozess auf Handlungs- und Maßnahmenprioritäten viele Konflikte und Konkurrenzen der beteiligten Akteure aufwerfen kann. Der ressortübergreifende Ansatz der Verwaltung hat vielerorts mit Hindernissen und Blockaden, die der Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Verwaltungsressorts geschuldet sind, zu kämpfen.

### ... Handlungskonzepte und Fortschreibung

Wichtiges Element des Integrierten Handlungskonzepts ist seine Fortschreibung. Anders als andere Planungen geht es nicht darum, alle Maßnahmen möglichst wortgenau umzusetzen. Die Maßnahmenentwicklung ist vielmehr ein fortlaufender Prozess unter größtmöglicher Beteiligung der BewohnerInnen und Akteure vor Ort, in dem sich immer wieder Änderungen und Ergänzungen zu den anvisierten Maßnahmen ergeben können, die der Situation und der Entwicklung im Gebiet und den Erfordernissen Rechnung tragen. Die Arbeit an dem Integrierten Handlungskonzept ist auch als Chance zu verstehen, über Aktivierungs-, Beteiligungs- und Abstimmungsprozesse die Diskussion über die Stadtteilentwicklung im Quartier zu verankern, ein Wir-Bewusstsein zu schaffen und Kommunikation



und Koordination zwischen allen Akteuren im Stadtteil anzuregen.

### ... Mehrzielprojekte

Besonders in Nordrhein-Westfalen konnte aufgrund der längeren Erfahrung mit dem integrierten Ansatz der Stadtteilentwicklung herausgearbeitet werden, dass Mehrzielprojekte, (d.h. Projekte, die in ihrer Struktur schon verschiedene Handlungsfelder verknüpfen und dadurch selbst schon integrativ angelegt sind), besonders erfolgreich sind. Um Mehrzielprojekte durchzuführen, bedarf es bereits auf dieser Ebene der Kooperation und der Vernetzung der Akteure (Austermann, Zimmer-Hegmann 2000, S. 75).

### ... politische Rückendeckung

Aber Integrierte Handlungskonzepte brauchen für ihre Umsetzung auch den politischen Rückhalt. Hier empfiehlt sich ein kommunaler Selbstbindungsbeschluss an das Integrierte Handlungskonzept und seine Fortschreibungen. Nur dadurch lässt sich auch die politische Legitimation des Handelns in den Gebieten erreichen.

## Quartiersmanagement

Wesentliches Element des integrierten Handelns auf der sozialräumlichen Ebene ist das Quartiersmanagement. Die Ansätze sind in der Praxis sehr unterschiedlich: Von top-down bis bottom-up.

### Prinzipien

- Orientierung an der Problemlage der Bevölkerung
- Bildung von breit angelegten Bündnissen
- Abgabe von Handlungs- und Entscheidungskompetenz nach „außen“ und „unten“
- Kooperative Denk- und Handlungsweisen

## Aufgaben des Quartiersmanagements

<b>Stadtteilkoordination</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Aufbau einer lokalen Öffentlichkeitsarbeit</li> <li>■ Anregen und Aufbauen projektbezogener und dauerhafter Kooperationen</li> <li>■ Vernetzen der Interessensgruppen vor Ort</li> </ul>
<b>Bewohneraktivierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Angemessene Form finden</li> <li>■ Trägerschaft als dauerhafte Institution aufbauen</li> <li>■ Nutzen der Projekte deutlich machen</li> <li>■ Projektträger anleiten und kooperative Beteiligung organisieren</li> </ul>
<b>Projektbegleitung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Moderation von Prozessen zur Projektentwicklung</li> <li>■ Bündeln und Weiterleiten der Projekte und Ideen</li> <li>■ Unterstützung der Projektinitiativen bei der Erarbeitung der Konzepte</li> <li>■ Sicherstellen einer guten Kommunikation zwischen allen Projektbeteiligten</li> <li>■ Bereitstellen von Informationen</li> </ul>

## Quintessenz

„Ein Weg entsteht, indem man ihn geht“ (Chuang Tzu, 4.Jhd.v.Chr.) nach Becker/Löhr 2000

Das Programm "Soziale Stadt" steht als Beispiel, wie sozialräumliche und integrierte Planung politisch umgesetzt werden kann. Das Programm versucht, die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung mit organisatorischer Innovation zu verbinden und stellt sich damit hohen Anforderungen. Es bleiben viele offene Fragen, deren Umsetzung die Praxis zeigen muss.

Das Programm ist trotzdem der richtige Weg, zu dem es momentan keine Alternative gibt. Nach der erst kurzen Laufzeit ist es jedoch zu früh, bereits jetzt die Wirksamkeit beurteilen zu wollen. Aber es ist festzustellen, dass vielerorts erste Impulse zur Stabilisierung der Lebensverhältnisse in den Stadtteilen gesetzt werden konnten.

## Literaturhinweise

ALBERS, Gerd (1993): Über den Wandel im Planungsverständnis. In: RaumPlanung 61, S. 97-103

ALISCH, Monika (2002): Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen. Opladen

AUSTERMANN, Klaus / ZIMMER-HEGMANN, Ralf (2000): Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Hrsg. vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS). Dortmund

BECKER, Heidede / LÖHR, Rolf-Peter (2000): „Soziale Stadt“, Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 10-11, S. 22-29

BENZ, Arthur (1994): Kooperative Verwaltung. Funktionen, Voraussetzungen und Folgen. Baden-Baden

BOETTNER, Johannes (2002): Vom tapferen Schneiderlein und anderen Helden. Fallstricke des integrierten Handelns – Eine Evaluation. In: Walther (Hg.), S.101-114

DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK (Hg.) (2000): Dokumentation der Starterkonferenz, Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt Nr. 4. Berlin

DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK (Hg.) (2002): Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Berlin

HANESCH, Walter (Hg.) (1997): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen

HEALEY, Patsy (1997): Collaborative Planning. Shaping Places in Fragmented Societies. Houndmills

HEIL, Karolus (2000): Stadtentwicklungsplanung und Nachhaltigkeit – neuer Wein in alten Schläuchen? Bemerkungen über die Perspektiven eines nicht mehr ganz neuen Leitbegriffs in der Planung. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1, S. 21-32

HEINELT, Hubert (Hg.) (1997): Modernisierung der Kommunalpolitik. Neue Wege zur Ressourcenmobilisierung. Opladen

HEINELT, Hubert (1997): Neuere Debatten zur Modernisierung der Kommunalpolitik. Ein Überblick. In: Heinelt (Hg.), S.12-28

KAPPHAN, Andreas / DORSCH, Pamela / SIEBERT, Ingo (2002): Sozialräumliche Segregation in der Stadt. Literaturbericht, Netzwerke im Stadtteil, Wissenschaftliche Begleitung E&C. München

MÄDING, Heinrich (1997): Kommunale Verwaltungsmodernisierung als Reformpolitik. Chancen und Gefahren. In: Heinelt (Hg.), S. 143-149

PRÖHL, Marga / SINNING, Heidi / NÄHRLICH, Stefan (Hg.) (2002): Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland, Anforderungen und Qualitätsbausteine, Band 3: Ergebnisse und Perspektiven des Netzwerkes Civitas. Gütersloh

SAUTER, Matthias (2001): Verstetigung – aber wie? Integrierte Stadtteilentwicklung zwischen Sonderprojekt und Regelaufgabe der kommunalen Verwaltungen. In: AK Stadterneuerung: Jahrbuch Stadterneuerung 2001. Berlin, S.109-119

SCHMALS, Klaus M. / KEMPER, Stephan (2000): Steuerungsinstrumente der sozialintegrativen Stadtentwicklung. Expertise, Schader-Kolloquium „Die soziale Stadt“

SELLE, Klaus (1994): Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln. Ein Werkbuch. Dortmund

SELLE, Klaus (1995): Phasen oder Stufen? Fortgesetzte Anmerkungen zum Wandel des Planungsverständnisses. In: Raumplanung 71, S.237-242

SELLE, Klaus (2000): Was ? Wer? Wie? Warum? Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation. Dortmund

WALTHER, Uwe-Jens (Hg.) (2002): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen

WALTHER, Uwe-Jens (2002): Ambitionen und Ambivalenzen eines Programms. Die Soziale Stadt zwischen neuen Herausforderungen und alten Lösungen. In: Walther (Hg.), S.23-43

#### **Kontakt:**

Institut für Regionalentwicklung und  
Strukturplanung  
Kerstin Jahnke  
Flakenstraße 28-31, 15537 Erkner  
Telefon 03362/793-239  
eMail jahnke@irs-net.de

## Quartiersmanagement Chemnitz „Limbacherstraße“

**Praxisbeispiel „Jugendaktionsfläche am Stadteingang“ als integrierter Planungsansatz**

### Einführung

Das Quartiersmanagement ist in Chemnitz Limbacherstraße seit nunmehr 2 Jahren tätig und arbeitet nach Aufgabenschwerpunkten wie Projektinitiierung, Koordination, Informationsvermittlung, Bürgerbeteiligung und – Aktivierung, Kooperation und Ressourcenbündelung. Seit der Eröffnung des Bürgerbüros in der Leipziger Straße hat das Quartiersmanagement eine zentrale Rolle im Programm „Soziale Stadt“ übernommen.

Durch die tägliche Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort, das sind Vereine, Initiativen, Gewerbetreibende, öffentliche Einrichtungen, VertreterInnen der Ämter der Stadtverwaltung, private Eigentümer, interessierte und engagierte BürgerInnen und anderen Schlüsselpersonen entstanden viele Projekte, z.B.:

- ein Medienclub der wöchentlich in der ansässigen Luisenschule auch für die Gebietsbevölkerung seine Türen öffnet,
- eine eigene Stadtteilzeitung, die aktiv von den Bürgern selbst mitgestaltet wird,
- Frühjahrs- und Herbstputz im Stadtteil, an dem sich jung und alt beteiligt,
- sowie zahlreiche ehrenamtlich betreute Projekte wie eine Gymnastikgruppe, die Nachbarschaftshilfe Nähen, eine Holzbearbeitungswerkstatt u. vieles andere mehr.

Mit dem Start des Programms „Soziale Stadt“ im Mai 2000 konnten über mehrere Informationsforen, Workshops, Gebietsrundgängen, Einzelgesprächen und Projektvorstellungen erste Schlüsselpersonen vor Ort auffindig gemacht und zur Mitarbeit gewonnen werden. Dabei handelte es sich vor allem um Vereine, Initiativen, engagierte AnwohnerInnen, Privateigentümer und Gewerbetreibende.

#### Handlungsfelder „Limbacherstraße“

- Verkehr
- Grün und Umfeld
- Kultur
- Soziales
- Wohnen
- Sicherheit und Ordnung

Innerhalb der ersten Workshops wurden Themenfelder formuliert, wo aus Sicht der ein-

zelnen Akteure Handlungsbedarf besteht. Relativ schnell formierten sich themenspezifische Arbeitsgruppen, die zum Teil auch heute noch bestehen. Hier wurden z.B. Quartierskonzepte erarbeitet, die in das „Integrierte Handlungskonzept“ eingingen.

Für jeder Arbeitsgruppe wurde ein **Themenverantwortlicher** aus der Stadtverwaltung bestimmt, der gemeinsam mit den TeilnehmerInnen die Planungsgrundlagen erarbeitet und diskutiert.

### Das Fördergebiet

Das Fördergebiet rund um die Limbacherstraße liegt zentrumsnah und berührt die Stadtteile Kaßberg und Schloßchemnitz. Für die Chemnitzer Innenstadt, die seit den letzten Jahren durch eine dichtere Bebauung und Neugestaltung an Bedeutung gewonnen hat, übernimmt das Gebiet eine zentrale Erschließungsfunktion. Durch das Gebiet verlaufen zwei Autobahnzubringer der A72 Chemnitz Nord und zukünftig der geplante Zubringer für die Anschlussstelle West.

In dem Gründerzeitgebiet leben auf einer Fläche von 75 h ca. 3.500 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Wohnhäuser befinden sich überwiegend in einem schlechten baulichen Zustand (z.T. verfallende Häuserruinen) und werden größtenteils von Privateigentümern verwaltet. Im Zentrum des Quartiers steht daher etwa jede vierte Wohnung leer.

Kennzeichnend für das Gebiet sind ein hoher Anteil an Haushalten, die Transferleistungen beziehen sowie ein erhöhter Anteil an Arbeitslosen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Dies erzeugt neben der Beseitigung der baulichen Mängel vor allem auch Handlungsdruck im sozialen Bereich. So wurde beispielsweise im Bürgerbüro eine Anlaufstelle eingerichtet, die kostenlos Sozialberatungen, deckungsgleich mit den Öffnungszeiten des Bürgerbüros, anbietet. Die Beratungsstelle wird von einem Gewerkschaftlichen Verein betrieben, der u.a. vor 10 Jahren eine Lobby für Arbeitslose in Chemnitz ins Leben gerufen hat.

Zu dem Wohngebiet gehört eine ehemals gut funktionierende Gewerbemeile, die angesichts der neueren Entwicklungen in der Innenstadt nach und nach weg zu brechen droht. Dadurch ist das Gebiet von einem erhöhten Anteil an Industrie- und Gewerbebetrieben gekennzeichnet. Darüber hinaus weist das Gebiet ein Defizit an Frei- und Grünflächen, vor allem für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen, auf.

## Das Projekt „Jugendaktionsfläche am Stadteingang“

### Ausgangssituation

Mit der Aufnahme der Stadt Chemnitz in die Bund-Länder-Initiative „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die soziale Stadt“ bot sich die Chance, ein brach gefallenes Areal in der Nähe des Verkehrsknotenpunktes Leipziger Straße/ Hartmannstraße/ Limbacher Straße schrittweise als attraktiven Stadteingang neu zu gestalten.

Der Bereich war geprägt durch Brachflächen, die mittlerweile als Müllplätze genutzt wurden und baulichen Überresten der ehemaligen Blockrandbebauung aus der Gründerzeit. Insgesamt handelte es sich um ein ca. fußballfeldgroßes Gebiet, das den BesucherInnen und Gästen der Stadt Chemnitz einen eher zweifelhaften Eindruck für die Eingangssituation zur Innenstadt bescherte. Dies sollte sich aber ändern.

### Planungsphase

Zunächst erarbeitete die Stadtverwaltung erste Planungsvarianten, die der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt wurden. Erst danach fing man an, sich innerhalb eines Workshops intensiv auch mit den Ideen der Bürgerschaft auseinanderzusetzen.

Als Arbeitsergebnis wurde festgehalten, das Areal als Erweiterungsfläche des Grünzuges zur angrenzenden Schloßteichanlagen neu zu planen. Es sollte eine öffentliche Fläche entstehen, die über den vorhandenen Grünzug eine Verbindung vom Innenstadtbereich in den Stadtteil herstellt.

Doch wie sollte die öffentliche Freifläche gestaltet werden, an einem hoch frequentierten Standort, umgeben von Hauptverkehrsadern und zur alleinigen Erholung nicht vollends geeignet?

Durch die Initiative des Quartiermanagements wurden hierzu mehrere Ansätze einer umfangreichen Bürgerbeteiligung genutzt, die letztendlich zu einer erfolversprechenden Planung führte.

Unter Berücksichtigung des laufenden Planungsprozesses zum verkehrstechnischen Ausbau wurden Varianten zur Umgestaltung der Aktionsfläche erarbeitet. Der gesamte Planungsprozess vollzog sich über mehrere Monate:

#### ■ **Projekttag am 5./6. Februar 2001**

Gemeinsam mit der 6., 7. und 8. Klasse der ansässigen Mittelschule wurden vom Quartiersmanagement Schulprojekttag zum Thema: „Wie stelle ich mir mein Wohnumfeld

vor?“ initiiert. Ziel war es, die Wünsche und Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen aufzugreifen und an die Entscheidungsträger weiter zu leiten.

Die SchülerInnen und LehrerInnen sammelten auf Rundgängen Informationen über das Quartier und entwickelten in anschließenden Diskussionsrunden Vorschläge für die Umgestaltung der Fläche. Die Kinder und Jugendlichen konnten ihre Ideen und Vorstellungen in selbst angefertigten Modellen umsetzen. Die entstandenen Materialkosten wurden über den Verfügungsfonds finanziert.

Die Ergebnisse wurden im Bürgerbüro ausgestellt und sollten die Bevölkerung über verschiedene Planungsmöglichkeiten informieren und zur Diskussion anregen. Für das Vorhaben wurde eine starke Öffentlichkeitsarbeit betrieben, um möglichst viele Kinder, Jugendliche und interessierte Erwachsene zur Mitarbeit anzusprechen.

#### ■ **Arbeitsgruppe Verkehr/ Grün und Umfeld**

In mehreren Treffen der Arbeitsgruppe entwickelten die Akteure aus dem Quartier gemeinsam mit den VertreterInnen aus der Stadtverwaltung einen Gestaltungsvorschlag.

#### ■ **Einbeziehung der Streetworker und der Heilsarmee im Gebiet**

Die Streetworker und Mitglieder der Heilsarmee führten Interviews und Befragungen mit Jugendlichen aus dem Quartier durch. Gemeinsam mit den Jugendlichen wurden deren Vorstellungen und Wünsche in einem Plan festgehalten.

#### ■ **Arbeitsgruppe „Konkordiapark“**

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe, dazu gehören Vereine, VertreterInnen der Stadtverwaltung und die Skatergruppe „Roller Z“, haben für die Aktionsfläche verschiedene Skateelemente ausgewählt und eine Zeitschiene für die Projektumsetzung festgelegt.

#### ■ **Öffentliche Diskussionsrunde mit der Bevölkerung**

Am 29. Juni 2001 fand auf der noch ungestalteten Freifläche eine öffentliche Diskussionsrunde statt. Hier wurde über die verschiedenen Planungselemente informiert und rege diskutiert.

So haben im Vorfeld eine Vielzahl an Akteuren gemeinsam an einer endgültigen Variante gearbeitet, die unter Zustimmung oder auch Kritik der Bevölkerung, entstanden ist.

### Realisierungsprozess

Das Areal wurde in verschiedenen Bauabschnitten durch den Einsatz von Fördermitteln realisiert:

- Grunderwerb der privaten Grundstücke durch die Stadt Chemnitz
- Räumung der Grundstücke und Abbruch der Häuserruinen
- Errichtung der Freizeitanlage
- Fertigstellung April 2002 und offizielle Einweihung der Fläche im Mai 2002
  
- Die Pflege der Fläche erfolgt seitdem wöchentlich durch das Garten- und Grünflächenamt Chemnitz
- Der Wirkungskreis der Aktionsfläche als Anziehungspunkt reicht über den Stadtteil hinaus und ist heute eine stadtweite Anlaufstelle
- Organisierte Aktionen auf der Fläche wirken sich identitätsstärkend für den Stadtteil aus.

### Ausblick

Die im Mai 2002 eröffnete Freizeitanlage ist Teil eines Konzeptes der Stadt Chemnitz zur Gestaltung eines attraktiven Stadteingangs. Der Erwerb weiterer Grundstücke, die Beseitigung von Altlasten und die Beräumung der Flächen werden gegenwärtig vorbereitet. Grundlage für das endgültige Gestaltungskonzept bilden die Untersuchungen zur verkehrstechnischen Lösung. Die Fertigstellung des Gesamtkonzepts ist bis 2003 in einzelnen Bauabschnitten geplant.

Das Projekt der „Jugendaktionsfläche am Stadteingang“ ist eingebettet in eine umfassende verkehrstechnische Planung zur Erschließung der Innenstadt und zur Gestaltung eines attraktiven Stadteingangs. Dabei werden in gleicher Weise städtebaulich funktionale, soziokulturelle, ökologisch nachhaltige und soziale Entwicklungsziele erfüllt. Die Vernetzung dieser Ziele erfordert die Kooperation der zuständigen Ämter der Stadtverwaltung ebenso wie die Einbeziehung aller betroffenen Akteure im Stadtteil.

### Projekt-Erfahrungen

- In einem Planungsprozess, der über mehrere Monate geht, braucht es Geduld und Ausdauervermögen.
- Alle Beteiligten müssen untereinander Vertrauen aufbauen und zielorientiert zusammenarbeiten.

- Erforderlich ist eine gute Projektkoordination und Anleitung der einzelnen Arbeitsgruppen.
- Die im Planungsprozess formulierten Zielstellungen dürfen bei der Realisierung nicht aus den Augen verloren werden.
- Durch Beteiligung und Mitbestimmung der Bewohnerschaft erhöht sich die Akzeptanz für die Maßnahmen.
- Starke Öffentlichkeitsarbeit wichtig als Vorbereitung für die Beteiligung der Bevölkerung, auch bei nachfolgenden Bauvorhaben.

#### Kontakt:

Bürgerbüro Soziale Stadt  
Annett Illert  
Leipziger Straße 3, 09113 Chemnitz  
Telefon 0371/3350520

## Erfahrungsaustausch

### - Workshop 1 -

#### Praxisbeispiel aus Chemnitz

Anhand des vorgestellten Praxisbeispiels und der Diskussion im Workshop wurde deutlich, welche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit integrierte Planungsprozesse erfolgreich verlaufen können. Die Referentin stellte folgende Aspekte als besonders entscheidend vor:

- Der Aufbau verbindlicher kontinuierlicher Arbeitsstrukturen für die beteiligten Gremien / Akteure
- Die beteiligten Gremien müssen mit Handlungs- und Entscheidungskompetenzen ausgestattet sein
- Win-win-Strategie als Handlungsprinzip: Alle Beteiligten müssen in ihrer Mitarbeit einen Vorteil sehen
- Definition konkreter gemeinsamer Ziele und die kontinuierliche Überprüfung der Zielerreichung
- Die politische Ebene muss ein klares Bekenntnis zum gewählten Verfahren der Quartiersentwicklung deutlich machen.

Bürgerbeteiligung und die Aktivierung von BewohnerInnen im Quartier erfordert von den planenden Akteuren außerordentlich viel Geduld, ein hohes Maß an Durchhaltevermögen in den Aushandlungsprozessen mit den Beteiligten und für den gesamten Prozess ein hohes Ausdauervermögen.

Wenn die Ressourcen nicht ausreichen, um die o. g. Aspekte und Personalkapazitäten zu gewährleisten, werden alle Prozessbeteiligten immer wieder Rückschläge wahrnehmen, Widerstände erleben und Schwierigkeiten haben, das notwendige Engagement aufzubringen.

Im Verlauf der Diskussion im Workshop machten einige TeilnehmerInnen deutlich, dass die neuen Planungsansätze im E&C bzw. Soziale-Stadt-Programm zwar Leitprinzipien formulieren, aber in Bezug auf Nachhaltigkeit und Kontinuität in der Realisierung auch an Grenzen stoßen. Die Umsetzung integrierter Planungsstrategien erfordert hohe Professionalität und einen verlässlichen mittel- bis langfristigen Zeithorizont. Weitere Problemfelder sind insbesondere die Erschließung von Finanzquellen und eine fast unüberschaubare Vielzahl von Fördermöglichkeiten.

### **Länderforum**

In der Diskussion mit den LändervertreterInnen aus Sachsen und Thüringen interessierte die Akteure vor Ort insbesondere:

- Welche Arbeitsgremien wurden auf Länderebene installiert?
- Welche Akteure sind hier eingebunden?
- Welche Aufgabenstellungen werden hier verfolgt?

In Thüringen ist geplant, die Arbeitsgruppe "Soziale Stadt" in die Arbeitsgruppe "Aufbau Ost" zu integrieren. In Sachsen soll der bestehende Arbeitskreis der Standorte (Soziale Stadt) neu strukturiert werden.

Im Workshop wurde deutlich formuliert, dass das Engagement der Jugendhilfe im Rahmen E&C / Soziale Stadt noch entwicklungsfähig ist. Gleichwohl die Leitprinzipien zur integrierter Planung eigentlich aus der Jugendhilfeplanung kommen, wird dieses Prinzip in der Stadtentwicklung stärker umgesetzt.

## **Quartiersmanagement Potsdam „Stern/Drewitz“**

Mein Beitrag soll einen kleinen Einblick in die Arbeit des Quartiersmanagements im Gebiet der Sozialen Stadt und damit auch von E&C „Am Stern/Drewitz“ in Potsdam geben. Ich werde versuchen, einen Überblick über die Arbeit in diesem Gebiet zu geben, dabei die Anfänge zu analysieren, die Planungsstrategien vorzustellen, von Erfolgen und Misserfolgen zu berichten sowie Ausblicke für die weitere Arbeit darzustellen. Hauptaugenmerk wird auf dem Planungsprozess liegen.

### **Das Gebiet Potsdam Stern/Drewitz**

Die beiden Wohngebiete Am Stern und Drewitz liegen im Süd-Osten der Stadt Potsdam. Dort leben zur Zeit rd. 20.600 EinwohnerInnen, das sind 15,9 % der Gesamtbevölkerung in Potsdam (Stand 31.12.2001).

Das Wohngebiet Am Stern wurde als eines der ersten Neubaugebiete in Potsdam zwischen 1970 und 1979 errichtet. Erste Mieter waren in erster Linie Angehörige der technischen und kaufmännischen Intelligenz, die vor allem in den sogenannten „Teltower Innovationswerken“ arbeiteten.

Mit dem Bau des Wohngebietes Drewitz wurde 1986 begonnen. Die letzte Wohnung wurde erst nach der Wende im Jahr 1991 fertiggestellt.

### **Das „Soziale Stadt“ – Projekt Stern / Drewitz**

Als Pilotprojekt des Landes Brandenburg wurde im Rahmen der Sozialen Stadt im Gebiet Am Stern eine leerstehende Kita zu einem Bürgerzentrum umgebaut. Mit diesem Projekt wurde der Grundstein für die weiteren Planungsprozesse gelegt, bei dem erstmalig alle Fachbereiche der Stadtverwaltung Potsdam zusammenarbeiteten. Durch diese Rahmenbedingungen gelang es, ein vielschichtiges Eigentümer- und Finanzierungskonzept zu erarbeiten. Die GEWOBA als größtes städtisches Wohnungsunternehmen übernahm den Umbau des Kita-Gebäudes mit eigenen Mitteln und mit Mitteln aus dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Der rückwärtige Teil der Kita, wo sich heute Wohnungen für junge alleinerziehende Mütter befinden, wurde mit Mitteln aus der Zweckentfremdungsverbotverordnung durch die Stadt Potsdam finanziert. Am 07.Juni 2001 konnte das Haus seiner neuen Bestimmung übergeben werden.

Seit 1993 werden beide Gebiete im Rahmen der Förderung zur Weiterentwicklung großer Neubaugebiete gefördert. Hier liegen die „Wurzeln“ des Planungsprozesses. Der Bereich Stadterneuerung der Stadtverwaltung Potsdam sowie die Stadtkontor GmbH als Entwicklungsbeauftragte für die Neubaugebiete der Stadt Potsdam haben von Anfang an begonnen, Kooperationsstrukturen aufzubauen.

Durch die „N-Förderung“ konnten bislang nur Wohnumfeldmaßnahmen gefördert werden. Gemeinsam mit den Ämtern für Grünflächen, Verkehrsflächen und dem Ordnungsamt wurden Planungen zur Wohnumfeldverbesserung erarbeitet. Die Projekte wurden dann der Öffentlichkeit vorgestellt und in Bürgerversammlungen diskutiert. Darüber hinaus konnten auch Verbesserungen des Wohnumfeldes von Kinder- und Jugendtreffs sowie Kita-Einrichtungen gefördert werden. Im Gebiet Am Stern/Drewitz konnten dazu Fördermittel aus dem Programm „Kleinteilige Maßnahmen“ des Landes Brandenburg eingesetzt werden. Mit diesem Programm sollte die Eigeninitiative der Bewohnerinnen und Bewohner gestärkt werden. Es wurden Vorgärten verschönert, Schulhöfe umgestaltet, Bäume gepflanzt, Papierkörbe und Sitzmöglichkeiten geschaffen, ein Pavillon am Jugendclub gebaut und Kunstobjekte von Kindern und Jugendlichen gestaltet. Dieses Programm war auch der Anlass einiger Bürgerinnen und Bürger, eine Bürgerinitiative im Gebiet Am Stern zu gründen. Im Jahr 1998 wurde mit der Umgestaltung des Kepler-Platzes begonnen. Die Bürgerinitiative gestaltete in diesem Rahmen einen Teil des Platzes in Eigeninitiative um.

Seit 1998 ist die Bürgerinitiative eine feste Institution im Gebiet und kümmert sich um alle Belange im Stadtteil. Sie bildet eines der Bindeglieder zwischen dem Quartiersmanagement, der Bewohnerschaft, den Ämtern der Stadtverwaltung und anderer Behörden und Eigentümer. Hier zeigt sich der etwas andere Ansatz der Stadt Potsdam zum Thema Quartiersmanagement: Es sollen vor allem bestehende Strukturen gestärkt oder neue geschaffen werden, um die Belange im Stadtteil zu koordinieren. Eine Person ist damit nämlich hoffnungslos überfordert. Auch sollte man einem Quartiersmanagement aus reiner Sicht der Jugendhilfe kritisch gegenüberstehen. In einem Stadtteil leben mehr als nur Kinder- und Jugendliche. Wichtig ist im Rahmen des Planungsprozesses vor allem die Verbindung zwischen Stadtentwicklung und Jugendhilfe. So wie das Programm E&C als Partnerprogramm der Sozialen Stadt angelegt ist, so soll-

te auch das Quartiersmanagement als partnerschaftliches Miteinander gestaltet werden. Das ist sicher ein großes Ziel und aus eigener Erfahrung weiß ich, dass es sehr schwer ist, alle Belange zu berücksichtigen und alle Befindlichkeiten in den Prozess mit aufzunehmen. Doch weiterhin zeigt meine Erfahrung auch, dass es sich lohnt, diesen schweren Weg zu beschreiten.

### **Wie haben wir das in Stern / Drewitz gemacht?**

#### **... bestehende Planungen einbeziehen**

Der Ansatz des Landes Brandenburg für das Programm Soziale Stadt geht davon aus, zunächst nicht vorrangig Förderkulissen zu schaffen, sondern vielmehr bestehende Fördergebiete im Hinblick auf die besonderen Ziele der Sozialen Stadt zusätzlich zu unterstützen. Grundlage für eine Förderung sind bestehende Planungen. Für Stern / Drewitz waren das z.B. die Bereichsentwicklungsplanung (1994), die Rahmenplanungen (1994, 1995), das Städtebauliche Konzept Kita Stern II (1997), die Gestaltungsgrundsätze Am Stern (1997) sowie die beiden Sozialgutachten für die Gebiete von 2001 und 2002. Das integrierte Handlungskonzept vom Mai 2002 bildete dann eine weitere Grundlage für die Weiterentwicklung Am Stern und Drewitz im Rahmen der Sozialen Stadt (siehe dazu die Übersicht auf der folgenden Seite).

#### **... integriertes Handlungskonzept aufstellen**

Um dem umfassenden, integrativen Anspruch an das Handlungskonzept gerecht zu werden, wurden neben der Auswertung der vorliegenden Planungen und Konzepte sowie der statistischen Erhebungen des Fachbereiches Zentrales Controlling, Organisations- und Informationsservice der Stadt Potsdam Expertengespräche geführt. Bei den Gesprächspartnern handelte es sich um VertreterInnen der Bürgerinitiative, der städtischen Fachbereiche, der Wohnungsunternehmen, der freien Träger der Wohlfahrtspflege, der Schulen und Kitas, der Jugendklubs, der Vereine etc. sowie der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten.

Die integrierten Ansätze für die Soziale Stadt spiegeln sich auch in der methodischen Herangehensweise für das Handlungskonzept wider. Im Vordergrund steht die enge Zusammenarbeit und die Rückkopplung von Zwischenergebnissen mit den Akteuren. Von zentraler Bedeutung war dabei die Vorstellung des Programms und die ersten Umsetzungs-ideen während einer Stadtteilkonferenz im

Jahr 2001. Auf dieser Veranstaltung wurde auch das Programm E&C vorgestellt.

#### **... Partner für die gemeinsame Sache finden**

In der Stadtteilentwicklung sind die ansässigen Wohnungsunternehmen wichtige Partner. Die großen Wohnungsunternehmen haben sich in Potsdam zum Arbeitskreis „Stadtspuren“ zusammengeschlossen und arbeiten seit der BUGA schwerpunktmäßig gemeinsam an der Imageverbesserung der Potsdamer Neubaugebiete. Dazu wurde ein Koordinator eingesetzt, der sowohl für die Öffentlichkeitsarbeit als auch für die Kooperation mit der Stadt und dem Quartiersmanagement zuständig ist.

Als weiteren Partner haben wir die politisch Verantwortlichen in den jeweiligen Wohngebieten angesprochen und für eine Zusammenarbeit gewinnen können. Somit werden die Inhalte der Sozialen Stadt Am Stern/Drewitz auch im politischen Raum mit getragen.

#### **... die ersten Erfahrungen**

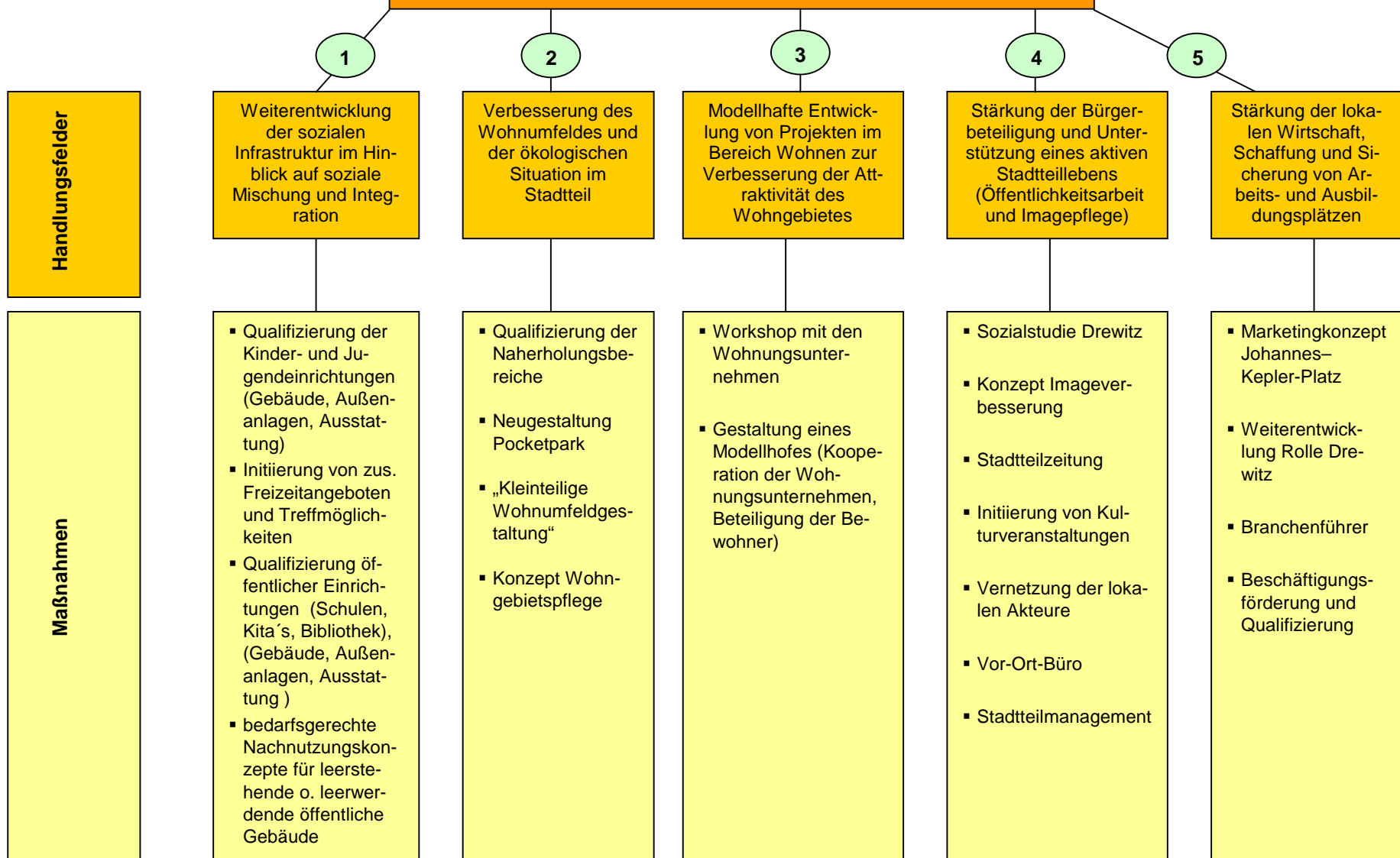
Nun hört sich das alles erst einmal sehr positiv an, aber die Schaffung von Arbeitsstrukturen, die Initiierung von Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften bedeuten einen mühevollen Weg. Die Erfahrungen, die wir im Laufe des Prozesses gemacht haben, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Zunächst muss es gelingen, die MitarbeiterInnen für die Problematik in den Gebieten zu sensibilisieren.
- Ein weiterer Schritt ist die konsequente Verteilung von Verantwortlichkeiten und deren Kontrolle innerhalb der einzelnen Arbeitsgruppen und Projekte. Nur so fühlt sich jeder verantwortlich und schiebt die Verantwortung nicht, z.B. an das Quartiersmanagement, ab.
- Wichtig ist in diesem Prozess auch der Aufbau von Vertrauen und Zuverlässigkeit: Was zugesagt wird, muss auch erledigt werden.
- Und letztendlich sollte das Erreichte, der Erfolg, entsprechend gewürdigt und gefeiert werden.

Die Einsicht der Akteure vor Ort, dass man nur gemeinsam etwas erreichen kann, ist ein Prozess im Rahmen der Stadtteilentwicklung. Leider gestaltet sich diese Einsicht vor allem im sozialen Bereich relativ schwierig, da durch einen häufigen Wechsel der MitarbeiterInnen in den Einrichtungen immer wieder neue Kooperationsstrukturen geschaffen werden müssen.



## Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept „Soziale Stadt“ Stern-Drewitz



Ein wichtiger Partner ist dabei im Projektverlauf das Jugendamt der Stadt Potsdam geworden. Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist es gemeinsam gelungen, die verschiedenen Möglichkeiten des Programms zu nutzen und diese für die Entwicklung der Kinder- und Jugendeinrichtungen einzusetzen. So werden Programme wie E&C und KuQ in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement erörtert.

Ich möchte Ihnen im folgenden ein paar Projekte vorstellen, die gemeinsam mit den Akteuren vor Ort im Rahmen der Sozialen Stadt geplant wurden und sich nunmehr in der Umsetzung befinden.

### **Kindertreff Am Stern**

Der Kindertreff Am Stern ist eine Einrichtung in Trägerschaft des Sozialtherapeutischen Instituts Berlin-Brandenburg e.V. und richtet sich in seiner Arbeit vor allem an die Altersgruppe der 9- bis 13-Jährigen. Gemeinsam mit den MitarbeiterInnen des Kinderklubs und des Jugendamtes der Stadt Potsdam wurde ein Konzept zur baulichen Aufwertung der Einrichtung erstellt. Neben dem Einbau von neuen Fenstern und Rollläden, neuen Innentüren sowie einer Verbesserung des Eingangsbereiches sind die baulichen Veränderungen auch Ausgangspunkt für konzeptionelle Überlegungen gewesen.

Durch einen Wechsel in der Personalstruktur des Kinderklubs wurden neue Fragen aufgeworfen, z.B. über öffentliche Räume in einem größeren Rahmen nachzudenken. Da es wiederholt Schwierigkeiten mit sozialen Randgruppen wie Obdachlose und Alkoholikern gab, sollten die Freiflächen des Kinderklubs als halböffentlicher Raum gestaltet und für die Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden. Aber ist ein Verschließen der Kinder sinnvoll? Welche Aufgabe hat der öffentliche Raum?

Durch das Quartiersmanagement wurde eine Diskussion über diese Fragestellungen angeregt, die nunmehr in Verantwortung der Sicherheitskonferenz der Stadt Potsdam fortgeführt wird. An der Konferenz sind die Ämter der Stadtverwaltung beteiligt, die die Belange des öffentlichen Raumes berühren, die Bürgerinitiative, die Polizei vor Ort und die MitarbeiterInnen in der Prävention.

Nach Fertigstellung des Kindertreffs, voraussichtlich im März 2003, wird man dann in der Praxis umsetzen, was man in der Theorie besprochen hat. Dazu zählen u.a. die Einbeziehung der Wohnungsunternehmen,

der Konfliktwerkstatt und des Gesundheitsamtes.

### **Jugendclub 18 Am Stern**

Der Jugendclub 18 stellt mit seinem problem- und gemeinwesenorientierten Arbeitsansatz eine wichtige Komponente im Rahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil dar. Das Angebot richtet sich vor allem an die Gruppe der 14- bis 21-Jährigen. Neben einer intensiven Arbeit gegen Rechtsradikalismus unterhält der Klub auch „Beziehungen“ zur Volkssolidarität und stellt den Seniorinnen und Senioren in regelmäßigen Abständen seine Räumlichkeiten zur Verfügung. Bereits in den vergangenen Jahren hat der Jugendclub gemeinsam mit seinen Jugendlichen aktiv an der Entwicklung der Außenanlagen gearbeitet. Gemeinsam mit einer Künstlergruppe wurden im Rahmen der „Kleinteiligen Maßnahmen“ verschiedene Objekte gestaltet, wie z.B. ein Pavillon. Bei dem Klub handelt es sich um eine ehemalige Bauarbeiterunterkunft, deren baulicher Zustand sehr desolat war. Erste Ideen und Konzepte wurden gemeinsam mit den Jugendlichen erarbeitet und größtenteils in den folgenden Planungen berücksichtigt. Die Planungsrunden fanden immer mit Vertretern des Jugendklubs statt.



*Jugendclub 18*

Ein weiterer Workshop wird das Thema „Farbe“ zum Inhalt haben. Nicht alles, was uns Erwachsenen gefällt, gefällt auch den Jugendlichen. In diesem Projekt ist es gelungen, nicht nur alle beteiligten Partner an einen Tisch zu bekommen, sondern auch alle als gleichberechtigt anzusehen. Wichtig in solchen Prozessen ist die klare Verteilung von Verantwortlichkeiten.

### **Projekt PARTYzipation**

Das Projekt PARTYzipation wurde gemeinsam mit dem Jugendamt entwickelt, mit dem Ziel, Jugendliche an der Stadtteilentwicklung zu beteiligen.

Der Stadtteil Drewitz ist ein sehr junges Gebiet. Rund ein Viertel der Bevölkerung sind unter 18 Jahre. Wir wollten gemeinsam mit den Jugendlichen herausfinden, wie sie ihre Freizeit verbringen, welche Ideen sie für den Stadtteil haben, wie sie ihre berufliche Perspektiven einschätzen und was sie selber dazu beitragen können und wollen.

Es entstand die Idee der PARTYzipation, einer Jugendkonferenz der etwas anderen Art: Beteiligung soll Spaß machen und gleichzeitig etwas Ernsthaftes sein.

In enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und dem Büro für Stadtforschung + Sozialplanung wurden Workshops mit SchülerInnen des Schiller-Gymnasiums sowie einer 6. Klasse der Priesterweg-Grundschule organisiert. Die Ergebnisse der Workshops wurden dann auf der Jugendkonferenz vorgestellt. Es wurde mit den anwesenden Jugendlichen und den Fachleuten im Wohngebiet diskutiert und Vereinbarungen getroffen, welche Ideen sofort umgesetzt werden können und an welchen Themen man weiter arbeiten muss. Begleitet wurde die Jugendkonferenz von viel Musik und Aktion. Die TeilnehmerInnen des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahrs stellten einige ihrer Arbeiten aus. Das Radio Fritz DJ-Team Tommy Bird und Frank Menzel führte durch das Programm, die Breakdancegruppe Rocking Skillz sorgte für Unterhaltung und die Schülerband „Records“ spielte bis in den Abend hinein. Eine gelungene Party, aber zufrieden waren wir trotzdem nicht: Wir hätten uns noch mehr Jugendliche gewünscht, die sich an der Aktion beteiligen.

Jetzt geht es so richtig an die „Arbeit“: Gemeinsam mit den Jugendlichen werden wir die ersten Ideen umsetzen. Hier wird sich zeigen, wer welche Verantwortung in diesem Prozess tragen und welcher der Partner dann auch „Wort halten“ wird.

Der nächste Workshop findet noch in diesem Jahr statt. Dann geht es der tristen Turnhalle mit viel Farbe „an den Kragen“.

Fazit: Die Jugendlichen sind durch die Aktionen im Rahmen der PARTYzipation auf jeden Fall neugierig geworden. Wir verbinden damit auch die Hoffnung, bei der Realisierung der Ideenumsetzung noch viel mehr Jugendliche für eine aktive Mitarbeit in „ihrem Stadtteil“ begeistern zu können.

#### **Kontakt:**

Stadtkontor GmbH, Kathrin Feldmann  
Schornsteinfegergasse 3, 14482 Potsdam  
Telefon 0331/7435714  
eMail k.feldmann@stadtkontor.de

---

## **Erfahrungsaustausch**

### **- Workshop 2 -**

Zunächst gab die Quartiersmanagerin Kathrin Feldmann einen Einblick in ihre Arbeit im Gebiet „Am Stern / Drewitz“ in Potsdam. Im Anschluss entwickelte sich eine interessante und vor allem auch konstruktiv geführte Diskussion. Die Workshop-TeilnehmerInnen beschäftigten sich zum einen mit der Frage, welche Erfahrungen aus dem Praxisbeispiel gewonnen werden können und nutzten andererseits den Workshop zum Erfahrungsaustausch mit den anwesenden LändervertreterInnen aus Berlin und Brandenburg.

Die wichtigsten Aussagen der beteiligten Akteure lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Im Land Brandenburg gibt es unterschiedliche Quartiersmanagementtypen, bedingt durch die unterschiedlichen Stadtgebilde.
- Der integrative Ansatz muss täglich neu „erobert“ werden und ist von dem Engagement und der Persönlichkeit der Akteure abhängig.
- Oftmals fehlen Instrumente um den integrativen Ansatz durchzusetzen, z.B. Haushaltsansätze und –recht.
- Wichtig ist die kontinuierliche Arbeit vor Ort, vor allem im Jugendbereich.
- Jugendhilfe partizipiert von der Städtebauförderung durch das Zusammenspiel von Sozialer Stadt, E&C sowie FSTJ.
- Bei den Projekten ist auch an eine Nachhaltigkeit zu denken, ein langer Atem ist notwendig.
- Unter dem Aspekt des Lernens müssen Projekte zukünftig stärker den Bezug zum Stadtteil berücksichtigen.

## Jugendhilfeorientierter Planungsansatz Stadt Halle

Die Stadt Halle hat aktuell für ihre Kinder-, Jugend- und Familienpolitik Leitziele formuliert. Vor dem Hintergrund dieses neuen Leitbildes wurden die Planungsprozesse im Jugendamt bzw. die Jugendhilfeplanung umstrukturiert.

### Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Halle (Saale)

- Unter Beteiligung der Kinder, Jugendlichen und Familien soll der Sozialraum gestaltet und das Selbsthilfepotential der Familie genutzt werden.
- Erhöhung der Effizienz und Effektivität der Angebote von Jugendhilfe-, Sport-, Sozial- und Kultureinrichtungen durch Vernetzung.
- Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen, die Kindern, Jugendlichen und Familien gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.
- Förderliche Rahmenbedingungen für Erziehung und Bildung sind als kommunalpolitische Aufgabe zu gewährleisten.
- Intervention durch ganzheitliche Sichtweise auf Hilfebedarfe für Kinder, Jugendliche und Familien.

Die Jugendhilfeplanung wurde bis dato bereichsorientiert entwickelt (siehe Abb. 1).

Dieses Prinzip wurde zu Gunsten eines sozialräumlich orientierten Verfahrens aufgegeben, weil die Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik nur angestrebt und umgesetzt werden können, wenn es zu einer träger- und institutionsübergreifenden Kooperation und Vernetzung kommt.

Dies wiederum kann nur im dialogischen Prozess entwickelt werden. In diesem Prozess werden Kompetenzen auf die Akteure im Sozialraum delegiert.

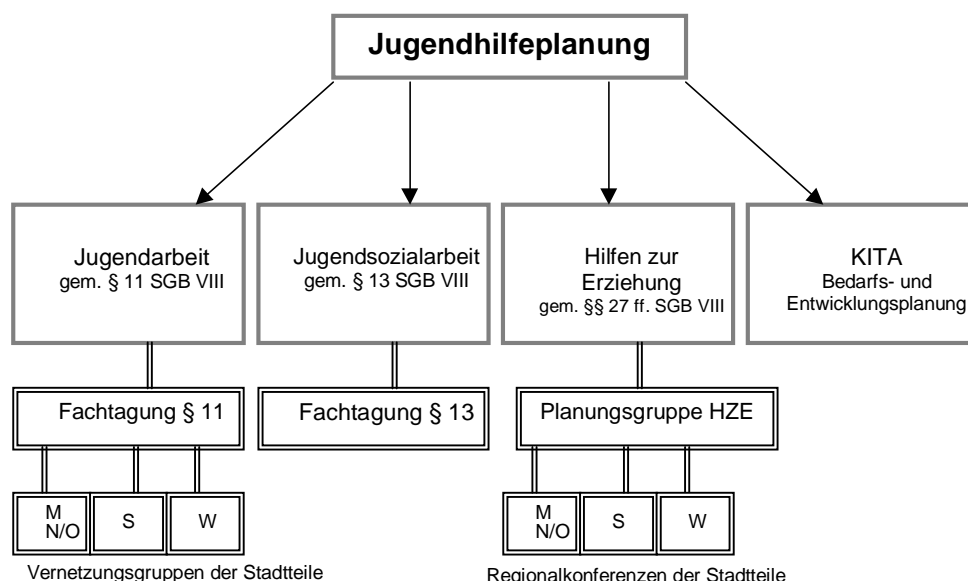
Das Land Sachsen-Anhalt gab eine Recherche in Auftrag, die Schwachstellen und Problemlösungsansätze insbesondere in der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit identifizieren sollte. Zusammenfassend wurden folgende Punkte herausgearbeitet: Grundsätzlich ist festzustellen, dass Sachsen-Anhalt eine ausgezeichnete Infrastruktur in Bezug auf die Anzahl der Jugendzentren, -clubs und -räume hat. Der ländliche Bereich ist gegenüber dem städtischen Milieu allerdings schlechter ausgestattet. Insgesamt ist die Quantität als ausreichend zu bezeichnen. Die Qualität der Angebote ist eher unzureichend einzustufen. Ein Jugendamtsleiter drückte sich dazu wie folgt aus: „Nach den Jahren der Quantität kommt nun die Zeit der Qualität.“

### Problemlösungsansätze in Sachsen-Anhalt

- Ein Leitbild für die Kinder-, Jugend- und Familienarbeit muss dringend erarbeitet werden. Die Politik muss klare Beauf-

Abbildung 1

### Aufbau der bisherigen bereichsorientierten Jugendhilfeplanung in Halle (vereinfachte Darstellung)



tragungen geben und gewünschte Wirkungen beschreiben.

- Im Rahmen der Jugendarbeit und der Jugendhilfe ist ein neues Nachdenken über entsülte Konzepte notwendig. *In Halle hat der Jugendhilfeausschuss aufgrund der Untersuchung das Jugendamt und die freien Träger beauftragt, das gesamte Konzept der Jugendhilfe mit all seinen Teilen neu zu strukturieren. Die Felder Schule, Arbeit, Hilfen zur Erziehung, Horte, Ehrenamt usw. müssen neu in den Blick kommen, Synergien gesucht und verwirklicht werden.*
- Die Verknüpfungsmöglichkeiten mit anderen Angeboten im „nicht-kommerziellen“, wie im kommerziellen Bereich ist zu überprüfen. Familienzentren, interkulturelle Begegnungsstätten oder auch die Kopplung Gaststätte, Tanzschule, Disko, Skaterhalle, Kommunales Kino und Jugendarbeit sind mögliche Ergänzungen.
- Es müssen Arbeitszeitmodelle diskutiert werden, um die Spannung zwischen Sommerloch und fehlender Zeit am Wochenende und im Winter abzufedern (Jahresarbeitszeit).
- Die Möglichkeiten der Partizipation und

fen. Container- oder Bauwagenlösungen, die zeitlich befristet auf Cliques und unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtet sein können.

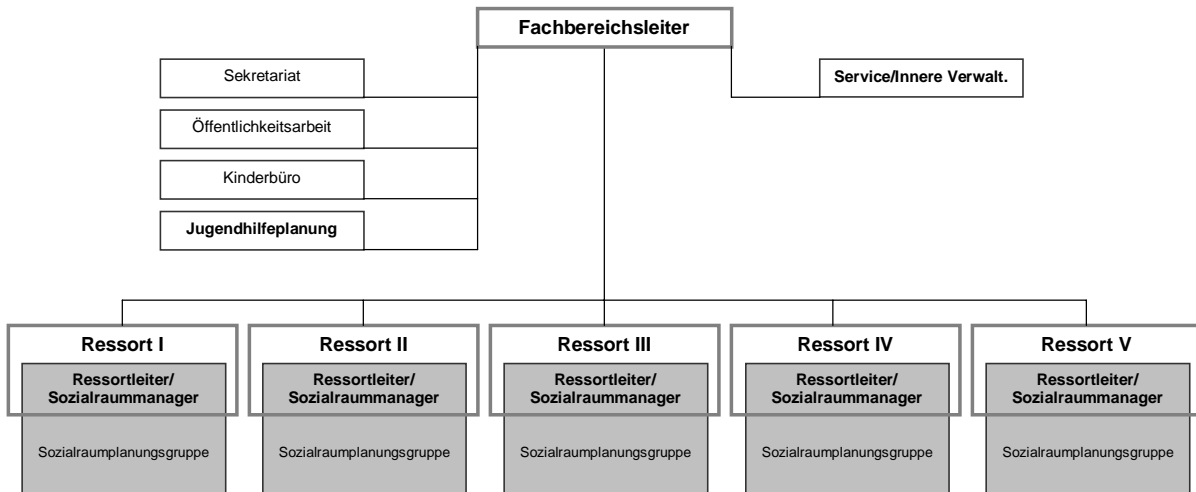
- Umkehr der vorgenannten Probleme. Dies ist an vielen Stellen kostenneutral möglich, z.B. Leitbildentwicklung, Konzeptarbeit, Öffnungszeiten, Partizipation, Vernetzung, Zielgruppen orientierte Angebote. Lediglich die räumliche Ausstattung und die Mitarbeiterqualifizierung kostet Geld.
- Überdenken der Rolle der Jugendpflegerin bzw. des Jugendpflegers. Sie müssen stärker zu UnterstützerInnen werden und nicht die Top Events ausrichten oder sich in Verwaltungsarbeit verzehren.
- Zur wirkungsorientierten Steuerung sollte ein Controllingverfahren entstehen.

### Erste Umsetzungsschritte in Halle

Auf der Basis dieser Analyse soll das Jugendamt in Halle umstrukturiert werden (siehe Abb. 2): Im Rahmen dieser Struktur soll und wird der Jugendhilfeplanungsprozess erweitert auf einen Sozialplanungsprozess, der sich strikt an den festgelegten So-

Abbildung 2

### Stadt Halle (Saale) - Amt für Kinder, Jugend und Familie Zukünftige Struktur



Selbstverwaltung müssen ausgeschöpft werden. Denkbar wäre ein Case-Management, eine Cliques- oder Clubbegleitung durch einen Hauptamtlichen als Unterstützer und Moderator zwischen Erwachsenen- und Jugendwelt.

- Mobile Angebote, die die sozialräumlichen Bezüge, die Lebenswelten regional, an Zielgruppen orientiert, aufgrei-

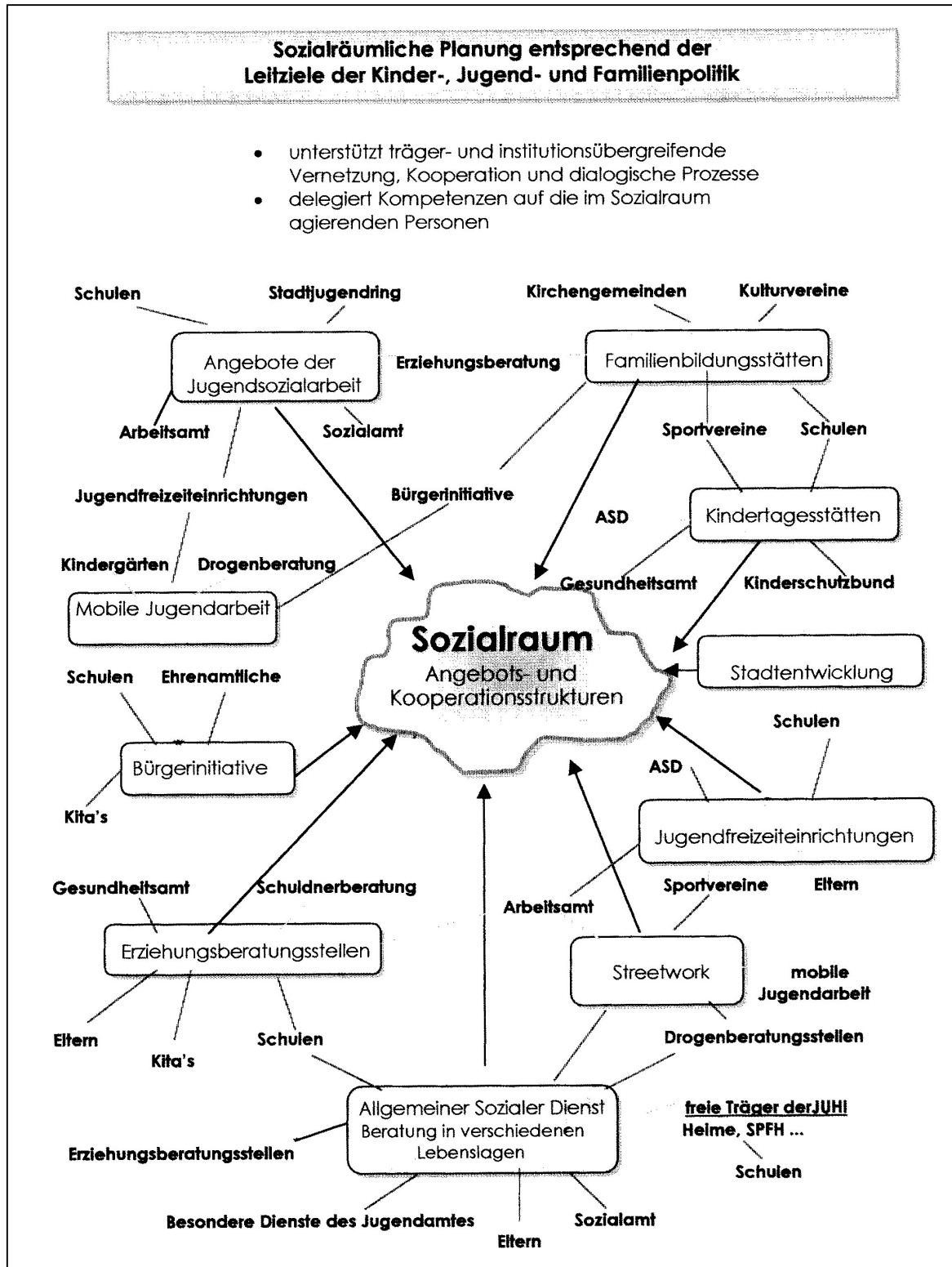
zualräumen und deren Ressourcen orientiert (siehe dazu auch Abb. 3).

Die Bereichsorientierung wird aufgegeben. Es sind fünf Ressorts geplant, die sozialraumorientiert arbeiten. Dazu wird das Stadtgebiet zunächst großräumig in Planungsräume aufgeteilt und diese nochmals kleinräumig in Sozialräume unterteilt. Die Abgrenzung in Planungs- bzw. Sozialräume

erfolgt nach den spezifischen Charakteristika der einzelnen Stadtgebiete. Der Vorteil von Planungs- bzw. Sozialräumen ist, dass sie aus Verwaltungssicht organisatorisch gut händelbar sind und für die Akteure überschaubar bleiben. Jedes Ressort betreut einen Sozialraum bzw., je nach Größe der Sozialräume, auch mehrere Sozialräume. Ziel ist es, in den Fachbereichen und bei den Akteuren vor Ort eine sozialräumliche

Verantwortung entstehen zu lassen:

- Die spezifischen Bedingungen in den jeweiligen Sozialräumen können in der Jugendhilfeplanung gezielt berücksichtigt werden.
- Über die Vernetzung der verschiedenen (Fach-) Ebenen ist es möglich, die unterschiedlichen Interessen im Sozialraum zusammenzuführen. Die Hoffnung ist, dass z.B. darüber die Eltern und



Familien stärker als bisher motiviert werden, sich aktiv an den Entwicklungen im Quartier zu beteiligen. Darüber hinaus verspricht sich die Verwaltung durch einen effizienteren Einsatz der Mittel einen positiven Einfluss auf die Kostengestaltung.

Weiterer Bestandteil des Umstrukturierungsprozesses wird die Etablierung eines kontinuierlichen Beteiligungsprozesses sein, in dem alle Akteure in einem Sozialraum regelmäßig eingebunden werden; dazu gehören Kinder, Jugendliche und deren Eltern genauso wie die politischen VertreterInnen und die VertreterInnen der Verwaltung. Wichtige Voraussetzung ist der Aufbau eines Informationssystems, das eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklungen in den Sozial- bzw. Planungsräumen und eine regelmäßige Überprüfung der formulierten Zielvorstellungen ermöglicht.

**Kontakt:**

Stadtverwaltung Halle  
Jugendhilfeplanung  
Dagmar Schöps  
Marktplatz 1, 06110 Halle  
Telefon 0345/221-5794

---

## **Erfahrungsaustausch - Workshop 3 -**

### **Praxisbeispiel aus Halle**

Die Stadt Halle beschreitet mit ihrem sozialraumorientierten Planungsansatz einen neuen Weg in der Jugendhilfeplanung. Ziel ist es, neue Steuerungs- und Kommunikationsstrukturen im Kinder- und Jugendbereich aufzubauen. Sollte es in Halle wirklich gelingen, diesen integrativen Planungsansatz umzusetzen, wird sich das langfristig auch auf die Strukturen der anderen Fachbereiche in der Verwaltung auswirken (müssen). Es wäre wünschenswert, die weiteren Entwicklungen in Halle auch zukünftig im Rahmen von Veranstaltungen der Sozialen Stadt und/oder E&C weiter verfolgen zu können.

Die Ausführungen der Referentin aus Halle zu den bisherigen Erfahrungen bei der Verwirklichung des neuen Planungsansatzes wurden von den TeilnehmerInnen des Workshops mit großem Interesse aufgenommen. In der anschließenden Diskussion

ging es vor allem um folgende Themenkomplexe:

- Definition von Sozialräumen und das weitere Verfahren in diesen Planungsräumen
- Austausch der Fachebenen in der Jugendhilfeplanung im Rahmen des neuen Planungsansatzes
- Quartiermanagement: Zuschnitt der Gebiete unter sozialräumlichen Bedingungen und das Anforderungsprofil für die gezielte Förderung der Gebiete.

### **Länderforum**

Im Länderforum stellte sich eine Vertreterin aus dem Innenministerium in Sachsen-Anhalt den Fragen der Workshop-TeilnehmerInnen. Die Nachfragen drehten sich vor allem um die Fördermöglichkeiten von nicht-investiven Maßnahmen durch das Soziale Stadt-Programm. Nach dem Planungsleitfaden für Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 2000 werden u.a.

- Planungsleistungen
  - verschiedene Leistungen der Gemeinwesenarbeit
  - Maßnahmen im Rahmen von Beteiligungsprozessen
  - Quartiermanagement
- finanziert. Dazu zählt z.B. auch die Instandsetzung des Stadtteilbüros.

Seitens der Ländervertreterin wurden die TeilnehmerInnen eingeladen, den direkten Kontakt mit der Landesebene zu suchen. Erst wenn aus den Kommunen klare Maßnahmenwünsche formuliert werden, kann die Landesebene auch (individuelle) Lösungswege zur Finanzierung aufzeigen. Ein häufiges Problem entsteht bereits innerhalb der Kommunen: Die Kommunikationsstrukturen zwischen den Fachbereichen der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit und den (Stadt-) Planungsämtern sind in der Regel nur gering ausgebaut, weil sich quer zum versäulten Aufbau der Verwaltung neue Kommunikationswege erst langsam entwickeln. Die Forderung nach integrativen Handlungsansätzen im Rahmen des Sozialen Stadt-Programms will diese Entwicklung fördern. In der Stadt Halle gewährleisten z.B. Ämterkonferenzen eine stärkere Beteiligung des Jugendbereiches bei der Finanzierung von investiven Maßnahmen.

Auch wenn die Federführung für das Soziale Stadt-Programm in der Kommune meist im Bausektor angesiedelt ist, sollte der Kinder- und Jugendbereich versuchen, sich bei dem Einsatz der Fördermittel in der Kommune stärker Gehör zu verschaffen. Ein Weg ist z.B. die direkte Kontaktaufnahme

mit dem Land, um eventuelle Fördermöglichkeiten und -wege zu ermitteln und diese dann innerhalb der Kommune mit dem Bau-sektor rück zu koppeln.

wickelte sich eine lebhafte Diskussion zwischen allen Beteiligten.

## Resümee

Zur vierten Regionalkonferenz Ost kamen mehr als 80 TeilnehmerInnen und ReferentInnen zusammen, um inhaltliche Fragestellungen im Rahmen des E&C / Soziale Stadt zu diskutieren und den Austausch mit den LändervertreterInnen zu intensivieren und zu verstetigen.

Das Leitthema der Regionalkonferenz – integrierte sozialräumliche Planung – wurde aus zwei Perspektiven entwickelt und diskutiert: Das Fachreferat bot ein Ein- und Überblick über die Ausgangslagen und verschiedene Planungsbeispiele des Prinzips integrierter sozialräumlicher Planung. Der Beitrag verdeutlichte sowohl die historischen Entwicklungen in der sozialen Stadtplanung als auch die aktuellen Rahmenbedingungen, Möglichkeiten und Grenzen einer verzahnten Stadt- und Sozialplanung. In den länderbezogenen Workshops wurde anhand von Best-Practice-Beispielen die konkrete Umsetzung von integrierten Planungsprinzipien in Quartieren und Kommunen vorgestellt und diskutiert. Gleichwohl wir in der Theorie über ausreichende Standards und Handlungsprinzipien zur integrierten Planung verfügen, können diese vor dem Hintergrund regionalspezifischer Ressourcen oftmals nicht eins zu eins umgesetzt werden.

Das Gesamtprogramm E&C wird vom Deutschen Jugendinstitut evaluiert. Die Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung, die auf der Regionalkonferenz vorgestellt wurden, bezogen sich auf zwölf Standorte im E&C. Die Befunde zu Kooperationskontexten vor Ort basierten auf der Befragung von EinrichtungsleiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe. Auch die Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung wiesen auf einen großen Entwicklungsbedarf bei der Implementierung und Entwicklung von Netzwerken hin.

Das Strukturelement von Länderforen wurde auch in der vierten Regionalkonferenz beibehalten. Es gelang, eine Vielzahl von LändervertreterInnen für die Länderforen in den Workshops zu gewinnen. Die TeilnehmerInnen der Regionalkonferenz suchten nicht nur am Nachmittag in den Länderforen das Gespräch mit den VertreterInnen der Länderebene. Auch in den Diskussionsrunden zu den Fachreferaten ent-



# Programm

## 4. Regionalkonferenz Ost – Integrierte sozialräumliche Planung - 28. November 2002 in Potsdam

Veranstalter: ISS Jena, Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt  
Ort: Hotel Mercure Potsdam

### Donnerstag, den 28. November 2002

- 9.30      Anreise und Stehkafee
- 10.00     **Begrüßung und Einführung in die Tagung**  
Annegret Zacharias, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.,  
Landesbüro Thüringen/Sachsen-Anhalt, Jena (ISS Jena)  
Rainer Schwarz, Regiestelle E&C der Stiftung SPI, Berlin
- 10.45     **Zwischenergebnisse aus der Evaluation des Programmes E&C**  
Dr. Christian Reutlinger, Deutsches Jugendinstitut, Leipzig
- 11.15     Kaffeepause
- 11.30     **Integrierte sozialräumliche Planung – Ausgangslagen, Voraussetzungen  
und Umsetzung**  
Kerstin Jahnke, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner
- 12.30     Mittagspause im Veranstaltungshotel
- 13.30     Einführung in die Workshops  
■ **Kommunale Praxisbeispiele mit integrierten Planungsansätzen und  
erste Umsetzungserfahrungen**  
■ **Informationsaustausch mit der Landesebene**
- 13.45     Workshops
- Workshop 1 - Sachsen und Thüringen  
          ■ **Quartiersmanagement Chemnitz „Limbacherstraße“**  
          Annett Illert, Bürgerbüro Soziale Stadt, Chemnitz  
          VertreterInnen der Länderministerien
- Workshop 2 - Berlin und Brandenburg  
          ■ **Quartiersmanagement Potsdam „Stern/Drewitz“**  
          Kathrin Feldmann, Stadtkontor GmbH, Potsdam  
          VertreterInnen der Länderministerien
- Workshop 3 - Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt  
          ■ **Jugendhilfeorientierter Planungsansatz**  
          Dagmar Schöps, Jugendamt Stadt Halle  
          VertreterInnen der Länderministerien
- Kaffeepause individuell in den Arbeitsgruppen
- 16.00     **Schlussplenum**
- 16.30     Ende der Regionalkonferenz

## Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 4.Regionalkonferenz-Ost am 28. November 2002 in Potsdam

Name	Institution	Anschrift	Telefon
Albani, Ute	Stadtverwaltung Glauchau Stadtjugendpflege	Markt 1 08371 Glauchau	03763 / 65423
Ardalan, Kamran,	Stadtplanungsamt Magdeburg	An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	0391 / 5405325
Avramenko, Dimitri	Stadtteilmanagement, IB	Rostocker Str. 5 19063 Schwerin	0385 / 3041349
Backe, Gerald	IB, Ausbildungszentrum Magdeburg	Alt Salbke 6-10 39122 Magdeburg	0391 / 4072381
Bodewein, Winfried J.	LIGA der Freien Wohlfahrts- pflege in Sachsen-Anhalt e. V.	Walther-Rathenau-Str. 38 39106 Magdeburg	0391 / 568070
Brose, Peter	KJR Uecker-Randow	Haußmannstr. 12 17309 Pasewalk	03973 / 210141
Burger, Petra	Jugendamt der Stadt Leipzig	Naumburger Str. 26 04229 Leipzig	0341 / 1234481
Büthner, Bärbel, Dr.	Jugendamt Treptau-Köpenick	Neue Krugallee 4 12435 Berlin	030 / 6172-4173
Drechsel, Gabriele	Stadtverwaltung Chemnitz Amt für Jugend und Familie	Theaterstr. 31 09111 Chemnitz	0371 / 488582
Dribbisch, Petra	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg	Henning-v.-Tresckow-S. 2-8 14467 Potsdam	0331 / 8668154
Dutschke, Doreen	Jugendring im NOL e. V.	Görlitzer Str. 5 02943 Weißwasser	03576 / 201491
Eder, Ursula	Büro für Stadtplanung, - forschung u. -erneuerung (PFE)	Oranienplatz 5 10999 Berlin	030 / 6141071

Eger, Martina	Erneuerungsgesellschaft Wolfen-Nord	Grünstr. 19-21 06766 Wolfen	03494 / 22690
Feldmann, Kathrin	Stadtkontor GmbH	Schornsteinfegergasse 3 14482 Potsdam	0331 / 7435714
Franke, Petra	Quartiersmanagement Südstadtbüro, Leinefelde	Bonifatiusplatz 8 37327 Leinefelde	03605 / 519787
Frankenberg, Andrea	ISS-Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt	Thomas-Mann-Str. 13a 07743 Jena	03641 / 421847
Frinken, Matthias	Plankontor GmbH	Präsidentenstr. 21 16816 Neuruppin	03391 / 458180
Fröhlich, Peter	Stadtverwaltung Wismar Amt für Jugend und Soziales	Scheuerstr. 2 23966 Wismar	03841 / 2515003
Gaida, Steffen	Stadtverwaltung Jena Jugendamt	Gerbergasse 18 07745 Jena	03641 / 492230
Gisbier, Ulrike	Jugendmedienverband Mecklenburg-Vorpommern	Scheuerstr. 1a 23966 Wismar	03841 / 252497
Groß, Dirk	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt	Am Stockborn 5-7 60439 Frankfurt	069 / 95789-159
Hahn, Petra	Landkreis Prignitz Fachbereich Jugend und Familie	Havelberger Str. 30 16928 Pritzwalk	03395/300631
Hänschke, Katrin	Universität Rostock	Immenbarg 42 18109 Rostock	0175 / 7779753
Hansen, Hans	Jugendhilfe NW Brandenburg	Heinrich-Heine-Str. 49 19348 Perleberg	03876 / 7910712
Hartmann, Monika	Stadtteilmanagement des IB in Magdeburg	Hermann-Bruse-Platz 2 39128 Magdeburg	0391 / 2587877
Hermes, Helmut	BA Marzahn-Hellersdorf Abt. Ökologische Stadtentwicklung	Premnitzer Str. 4 12681 Berlin	030 / 902936857
Heuer, Hans-Peter	Bezirksamt Friedrichshain- Kreuzberg	Frankfurter-Allee 35-37 10247 Berlin	030 / 23244519

	Jugendhilfeplanung		
Hinze, Gudrun	Stadtverwaltung Neuruppin	Karl-Liebnecht-Str. 33/34 16816 Neuruppin	03391 / 355668
Hoffmeister, Carla	Ministerium für Verkehr und Bauwesen Sachsen-Anhalt	Turmschanzenstr. 30 39114 Magdeburg	0391 / 5677473
Hofmann, Bärbel	Bürgerbüro "Soziale Stadt"	Leipziger Str. 3 09113 Chemnitz	0371 / 3350520
Horbank, Astrid	Stadtteilbüro Jena-Lobeda	Karl-Marx-Allee 14 07747 Jena	03641 / 361057
Illert, Annett	Bürgerbüro Soziale Stadt	Leipziger Str. 3 09113 Chemnitz	0371 / 3350520
Imhoff, Gabi	Stadtverwaltung Weimar Kinder- und Jugendamt	Buttelstädter Str. 27c 99423 Weimar	03643 / 453349
Jahnke, Kerstin	Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung	Flakenstr. 28-31 15537 Erkner	03362 / 793-239
Jannasch, Kathrin	Bezirksamt Friedrichshain- Kreuzberg Jugendförderung	Frankfurter Allee 35-37 10216 Berlin	030 / 2324-4540
Juhaff, Karin	Stadtverwaltung Potsdam FB Stadterneuerung und Denkmalpflege	Hegelallee 6-8 14461 Potsdam	0331 / 289 3226
Kaufmann, Andreas	Stadtteilmanagement Leipziger Osten	Spinnenstr. 7 04179 Leipzig	0341 / 4772105
Kill, Wolfgang	Sächsisches Staatsministerium für Soziales	Albertstr. 10 01097 Dresden	0351 / 5645803
Knauß, Eva-Maria	Landesamt für Soziales und Familie Thüringen, Landesjugendamt	Linderbacher Weg 30 99099 Erfurt	0361 / 3788-402
Korfmacher, Jochen, Dr.	Büro für Stadtplanung, - forschung u. -erneuerung (PFE)	Oranienplatz 5 10999 Berlin	030 / 6141071

Krapp, Stefan	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg	Henning-v.-Tresckow-S. 2-8 14467 Potsdam	0331 / 866-8151
Lehnert, Manuela	Stadtteilprojekt "Hutholz" Chemnitz	Walter-Rauft-Str. 72a 09123 Chemnitz	0371 / 2629005
Lemme, Agnes	BBJ Servis GmbH Potsdam	Benzstr. 11-12 14482 Potsdam	0331 / 7477142
Lenke, Edmund	Stadtverwaltung Eberswalde Amt für Jugend, Kultur und Sport	Dr.-Zinn-Weg 18 16225 Eberswalde	03334 / 64407
Lerch, Mario	Thüringer Innenministerium Bau- und Wohnungswesen	Steigerstr. 24 99096 Erfurt	0361 / 3793010
Lubitz, Beate	Bezirksamt Tempelhof- Schöneberg, Jugendamt	John-F.-Kennedy Platz 10820 Berlin	030 / 7560-3497
Lübken, Friderun	Stadtverwaltung Eberswalde Jugendamt	Hegemühler Str. 75 16225 Eberswalde	03334 / 214223
Messerschmidt, Carola	Staatliches Schulamt Halle	Anker Str. 36 06108 Halle	0345 / 2116-192
Meyer, Sabine	Stiftung SPI, Regiestelle E&C	Nazarethkirchstraße 51 13347 Berlin	030 / 457986-0
Michael, Ines	Sächsisches Staatsministerium des Innern	Wilhelm-Buck-Str. 4 01097 Dresden	0351 / 5643546
Mielenz, Erika	Landesjugendamt Berlin	Beuthstr. 6-8 10117 Berlin	030 / 9026-5328
Mros, Petra	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bautzen e. V.	Äußere Lauenstraße 23 02625 Bautzen	03591 / 326116
Nase, Elke	Landkreis Uecker-Randow FB Jugend, Kultur und Bildung	An der Kürassierkaserne 9 17309 Pasewalk	03973 / 255125
Neumann, Armin	Stadtteilmanagement des IB in Magdeburg	Hermann-Bruse-Platz 2 39128 Magdeburg	0391 / 2587877

Neumann, Jürgen	Sächsischer Landkreistag	Käthe-Kollwitz-Ufer 88 01309 Dresden	0351 / 31801-27
Pabst, Hans-Werner	Jugendamt Magdeburg Sozialzentrum Nord	Lübecker Str. 32 39124 Magdeburg	0391 / 5406091
Pietsch, Joachim	Landkreis Wernigerode	R.-Breitscheid-Str. 10 Wernigerode	03943 / 581162
Piosik, Egbert	Stadtverwaltung Cottbus Jugendamt	Karl-Marx-Str. 67 03044 Cottbus	0335 / 6123515
Pohl, Anja	CJD Perleberg / FSTJ Wittenberg	Elsternweg 15 19322 Wittenberge	03877 / 563122
Regenstein, Dorle	KJR Sachsen-Anhalt. e. V.	Anhaltstr. 15 39104 Magdeburg	0391 / 53539480
Reinke, Simone	CJD Perleberg	Bäckerstr. 20 19348 Perleberg	03876 / 7834-0
Remane, Wolfgang	Überbetriebliche Ausbildungsgesellschaft Jena	Ilmstr. 1 07743 Jena	03641 / 806602
Reutlinger, Christian, Dr.	Deutsches Jugendinstitut	Täubnerstr. 11 04317 Leipzig	0341 / 5665418
Riesling-Schärfe, Heike, Dr.	Stiftung SPI, Regiestelle E&C	Nazarethkirchstraße 51 13347 Berlin	030 / 45798620
Ritzau, Manfred	IB-Hauptstadtbüro, Berlin	Hannoversche Str. 19A 10115 Berlin	030 / 2140960
Rode, Karl-Henning	FSTJ Neuruppin	Heinrich-Rau-Str. 8a 16816 Neuruppin	03391 / 510395
Rogel, Tatjana	Stadtverwaltung Görlitz Jugendamt	H.-Keller-Str. 14 02826 Görlitz	03581 / 672402
Rudolph, Anke	Stadtverwaltung Cottbus Jugendamt	Karl-Marx-Str. 67 03044 Cottbus	0335 / 6123515
Ruffert, Sabine	Stadtverwaltung Neuruppin FG Schule und Jugend	Karl-Liebnecht-Str. 33/34 16816 Neuruppin	03391 / 355691

Sager, Rita	Stadtverwaltung Wismar Amt für Jugend und Soziales	Scheuerstr. 2 23966 Wismar	03841 / 2515006
Schammer, Brigitte	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin	Württembergische Straße 6 10707 Berlin	030 / 9012-3189
Schindler, Brigitte	BAG-KJS	Chausseestr. 128a 10115 Berlin	030/ 28878956
Schmidt, Verena	Hansestadt Stralsund Quartiersmanagement Stadtteil Grünhufe	Fährstraße 22 18439 Stralsund	03831 / 479410
Schnittger, Angela	ISS-Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt	Thomas-Mann-Str. 13a 07743 Jena	03641 / 421847
Schöps, Dagmar	Stadtverwaltung Halle Jugendhilfeplanung	Marktplatz 1 06110 Halle	0345 / 221-5794
Schünke, Barbara	Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf Jugendamt	Märkische Allee 414 12589 Berlin	030 / 90293-4481
Schwarz, Rainer	Stiftung SPI, Regiestelle E&C	Nazarethkirchstraße 51 13347 Berlin	030 / 45798627
Schweers, Norbert	Stadtverwaltung Potsdam Jugendamt	Friedrich-Ebert-Str. 79 / 81 14469 Potsdam	0331 / 2892250
Sprengel, Cornelia	Stadtverwaltung Eberswalde	Dr.-Zinn-Weg 18 16225 Eberswalde	03334 / 64401
Stegen, Gunda	Landesjugendring Brandenburg	Luisenplatz 8 14471 Potsdam	0331 / 909790
Stolp, Anette	Amt für Jugend und Familie, Chemnitz	Bahnhofstr. 53 09106 Chemnitz	0371 / 4885153
Sumpf, Manfred	IB Bildungszentrum	Spreedorfer Str. 7 02730 Ebersbach	03586 / 373930
Trzeciok, Ulrike	Stadtverwaltung Greifswald Jugendamt	Schillstr. 11 17461 Greifswald	03834 / 524511
Volk, Antonia	Bezirksamt Tempelhof- Schöneberg	John-F.Kennedy-Platz 10820 Berlin	030 / 7560-6152

	Jugendamt		
Wehner, Gerlinde	Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit	Werner-Seelenbinder-Str. 6 99012 Erfurt	0361 / 37900
Wieck, Solveig	BIG-Städebau Mecklenburg- Vorpommern GmbH	Eckernförder Str. 212 24119 Kronshagen	0431 / 5468-0
Wilhelm, Corinna	Institut für Stadtentwicklung und Wohnen	Müllroser Chaussee 48 15236 Frankfurt	0335 / 560-2732
Zacharias, Annegret	ISS-Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt	Thomas-Mann-Str. 13a 07743 Jena	03641 / 421847
Zimmerman, Roland	Kolping-Bildungswerk Diözesanverb. Magdeburg e. V.	Sieverstorstr. 51 39106 Magdeburg	
Zucht, Olaf, Dr.	Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit	Werner-Seelenbinder-Str. 6 99012 Erfurt	0361 / 37900